

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Aboimmenspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Pf. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sieben geschwungenen Kolonen-

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telegraphen-Adresse: Bergarbeiter-Zeitung Bochum.

Zeitung für die Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.

Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen.

Druck u. Verlag von Sandmann & Co., Bochum, Mönchengladbachstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Insassen an einem bestimmten Platz, Tiere oder Haustiere zur Aufnahme erlaubt.

Ein fürchterliches Massenunglück im Ruhrbecken!

339 Leichen, 35 Verwundete, nur 6 Unverletzte!

Noch sind die Alten über die Borussia-Uffäre nicht geschlossen. Bavar ist das Urteil — der Freispruch Ulsters — längst gefällt, aber die Borussia-Uffäre ist dadurch nicht aus der Welt geschafft worden. Die Gerichte, doch in diesem Prozeß nicht alles so war, wie es hätte sein sollen, haben die Staatsanwaltschaft veranlaßt, sich der Angelegenheit noch einmal anzunehmen. Verhöre haben stattgefunden, auch der verantwortliche Redakteur des Verbandsorgans ist vernommen worden. Er hat der Staatsanwaltschaft das ihm zugängliche Material übermittelt, und wir werden sehen, ob es genügt, ein neues Verfahren gegen die Verwaltung der Zeche Borussia zu stützen. Es wird zur Beurtheilung der Bergarbeiter, überhaupt weiter Kreise unserer Bevölkerung dienen, wenn die Staatsanwaltschaft uns bald sagen kann, was gegen die Zeche Borussia geschehen wird. Wir glauben, nicht fehlgegangen zu sein, wenn wir gerade an dieser Stelle noch einmal an die Borukommisse, die sich an den Namen der genannten Unglückszeche knüpfen, erinnern. Fingerzeuge sollen es sein für die Staatsanwaltschaft in der Borussia-Uffäre, ungleich aber mehr für ein Vorgehen wegen der entsetzlichsten Katastrophe, die das Ruhrbecken und das deutsche Reich je erlebt haben, soweit der Bergbau und arme Bergarbeiter in Frage kommen. Wir sind in der glücklichen Lage, jetzt schon der Behörde wie der Staatsanwaltschaft behilflich sein zu können, wenn sie daran gehen werden, nach den Ursachen und den Schuldigen des gräßlichen Massenunglücks auf der heutigen Unglückszeche Radbod zu forschen. Nicht blinde Zufälle haben mitgewirkt, die Katastrophe auf Radbod zu einer so umfangreichen und so entsetzlichen zu gestalten. Ursachen und Wirkung liegen hier noch weit durchsichtiger und klarer vor uns, wie auf Borussia oder wie auf den anderen Zeichen, die die Welt nicht mehr vergessen kann, weil sie in Massen die zerstörten und verbrannten Bergarbeiterleichen aus der Tiefe spucken.

Radbod ist für uns ein "klarer Fall". Radbod macht uns darum kein Hingerbrechen, wenn wir hier den Ruf vor der ganzen Menschheit und in aller Öffentlichkeit erneut erheben: **Wir klagen an!**

Doch zunächst einige Worte über den Eindruck, den das Unglück auf uns gemacht hat:

Als wir am Morgen des 12. Oktober die Bureauräume des Verbandes betreten, erhielten wir als die erste Kunde die Nachricht von dem entsetzlichen Unglück auf Radbod:

"Mehr wie dreihundert Bergarbeiter sind eingeschlossen in der Grube, in der ein schreckliches Feuer wütet. Nur wenige Leichen sind geborgen und nur wenige sind lebend zu Tage gefördert worden. Alles verloren, da Aussicht auf Rettung aussichtslos ist — ein neues Courrières!"

So lautete die telephonische Nachricht, die die größte Bestürzung hervorruften mußte. Dreihundert Menschen im Feuer, zum Teil unter den furchtbaren Qualen niedergestreckt. Vielleicht zum Teil noch mit dem Tode ringend! Eine solche Nachricht wirkt erschütternd und niederschmetternd. Und doch — man weiß nicht wie das kommt — es ringt sich in der Bestürzung ein fühlendes Hoffnung durch. Dreihundert Menschenleben und mehr auf einen Schlag! Das ist nicht möglich! Nein, nein am allerwenigsten auf einer so neuen Grube wie Radbod. Vielleicht diktiert unserer Kameraden, der uns die Nachricht zukommen läßt, nur der Schrecken. Vor wenigen Wochen war's so, als die Nachricht über das Unglück auf der Königgrube in Oberhausen die Welt durchschüttelte. Auch dort waren die Kameraden eingeschlossen — so hoch es — und dann stellte sich glücklicherweise heraus, daß es nicht so schlimm war, wie man es zuerst annahm, die Kameraden hatten sich zu retten vermocht. Wer kann uns verdenken, wenn wir mit gleicher Hoffnung in der Brust, die uns damals bescherte, uns aufzumachen und die Unglücksstätte, eine Stunde hinter Hamm, aufzusuchen. Es war gegen Mittag, als wir dort ankamen.

Die alten Bilder! Nun sind nur die Automobile, die zu solch traurigen Diensten jetzt mit verwertet werden, neu die große Zahl der uniformierten und nicht uniformierten Rettungsmaennchen mit ihren Apparaten. Alles andere ist nichts Unbekanntes mehr. Als Wegweiser zum Schacht dienen die anlässlich des Unglücks hin- und herströmenden Menschen. Je näher dem Schacht, um so tieftrauriger die Gesichter, und manches ist darunter mit verweinten Augen und Augen. Die Zeche selbst hat es unterlassen, die Flagge der Trauer zu hissen. Das fällt allgemein auf. Dichte Scharen von Menschen halten den Zechenplatz besetzt, der auch von Polizisten und Gendarmen wimmelt. Sie halten die Ordnung aufrecht, die niemand stört! Wenn die dumpfen Schläge am Schacht erklingen und eine Leiche zutage gefördert worden ist, trabt ein Polizist oder Gendarm geschäftig neben der Bahre her, um die Neugierigen zurückzuhalten. Die Neugierigen, wie die Frauen und Kinder, die nach dem Grünscheinen suchen. Sie wollen es nicht glauben, daß es so ist. Er muß doch kommen, er muß, aber er kommt nicht! Weiter hineindringen in das Seelenleben und in das Tun der Unsterbenden ist eine Arbeit,

gegen die sich unsere Feder sträubt. Wir wollen nicht David sein, der die Büge der mit dem Tode Ringenden mit dem Pinsel festhält. Wir wünschen nur, daß sie es "oben" hören, wie die Bergarbeiter sich daranmachen, daß es da unten in der Tiefe sehr schlimm ausgehen haben müßt, wenn solche furchtbaren Katastrophen möglich sind. Der Fremde frägt, der Eingeweihte lächelt bitter. Und die Fäuste und Verwünschungen, die man durch die Fäuste knirscht! Wie Donnerwütige müssten sie wirken. Die Almosen, die man den unglücklichen Hinterbliebenen zahlt, sind keine Aequivalente für den Schmerz, der sich auf dem Gedenktag, auf den Straßen und in den Bergarbeiterwohnungen unter dem Eindruck dieses namenlosen Elends offenbart. Und sie sind keine Beruhigung für die Bergarbeiter, die zu hart unter dem Eindruck stehen: Heute dir, morgen mir. Heute rot, morgen tot!

Wir hören, wie die ankommenden Kameraden fragen: "Wie steht's?" "Es steht schlimm!" Wir haben selber so gefragt und haben dieselbe Antwort erhalten. Es steht schlimm! Schlimm steht es für die da unten, von denen uns die bekannten Kameraden sagen, daß keiner lebend mehr das Tageslicht erblicken wird. "Ist das sicher?" "Ganz sicher!" "O, wenn du wüßtest, wie wir hier behandelt werden!" Und ein anderer ergählt uns, wie unser brauer Kamerad, der durch das Vertrauen seiner Mitbewohner als Weltauswahl gewählt wurde, aber nun auch im Schachte ruht, noch "gestern abend" mit Genugtuung von der Nachschicht sprach. "Da kann man noch in Frieden arbeiten!" So hatte er mit seinen Freunden gelacht; er fuhr zur Doppelschicht an und ruht nun in Frieden und mancher Kamerad, der als treues Mitglied im Verband einen guten Namen hatte mit ihm und die anderen auch — fast die ganze Nachschicht. Nawohl, es muß schlimm gestanden haben. "Auch dort ist es nicht besser!" und man zeigt nach einer Nachbargrube hin . . .

Es steht schlimm da unten in der Tiefe, schlimm für die Überlebenden, die wissen, daß die Dinge sich noch erst gestalten müssen, die ihnen besseren Schutz für Leben und Gesundheit sichern und die ihnen volle Anerkennung als Menschen und Arbeiter bringen sollen.

Indessen schlept man wieder eine Anzahl Leichen vorüber, bis so um 2½ Uhr bekannt wird, daß die Rettungsmaennchen zurückgezogen werden, das Feuer da unten in der Grube eingedämmt werden soll. Von da an kam es uns zum Bewußtsein, daß alles verloren, unrettbar verloren sei. Das fühlende Hoffnung in uns war verglimmt!

Unter dem Eindruck des Elends auf dem Zechenplatz fragen wir nicht, wie und woher das Unglück entstanden. Wir wünschten wo anders mit elnigen Kameraden zu sprechen über die eventuellen

Ursachen der Katastrophe.

Dieser Wunsch sollte bald erfüllt werden. Was wir vernommen haben von unseren Kameraden, von denen manche an den Rettungsarbeiten teilgenommen haben, geben wir hier wieder.

Höre, Staatsanwalt! Spüket die Ohren, ihr Herren von der Regierung und der Bergbehörde auf das, was wir euch im Namen der Bergarbeiter, im Namen der armen Bergunglückten und ihrer weinenden und trauernden Hinterbliebenen weiter unten zu sagen haben werden. Wir haben dann nur noch den einen schlimmsten Wunsch, daß unsere schweren Anklagen gehört werden, wo sie gehört werden müssen. Mögen unsere Anklagen den Widerhall finden, den wir von Ihnen erwarten.

Die Zeche Radbod ist ein neues Werk und erst seit wenigen Jahren im Betrieb. Sie gehört der Eriksen'schen Gesellschaft m. b. H. an. Mit dieser Gesellschaft verbünden sind bekannte Namen aus der Industrie- und Bankwelt: Schaffhausen'scher Bankverein, Internationale Bohrgesellschaft Erkelenz und andere, deren Namen wir jetzt bei der Sammlung freiwilliger Gaben für die Hinterbliebenen der Bergunglückten in der "Sächsischen Zeitung" finden können. Das Werk liegt, wie schon gesagt, eine Stunde von Hamm entfernt und ist zum Teil mit den modernsten Betriebsmittel eingerichtet. Freilich, die schmukige kleine Waschläufe und anderes muß dabei übersehen werden. Abgebaut werden die Flöze nach dem sog. systematischen Abbau, der dem Werk ermöglichte, in unmittelbarer Nähe der beiden zusammenliegenden Schächte mit der Gewinnung der Kohle zu beginnen. Der Belegschaftsüberschuss angemessen — die etwa 1000 Mann beträgt — ist die Förderziffer eine sehr hohe. Bergleute und Beamte sprachen uns gegenüber die Vermutung aus, daß die Gruben der Eriksen'schen Gesellschaft m. b. H. abgeteuft werden, um sie dann alsbald loszuschlagen. So sollen schon wegen Radbod Verhandlungen bezüglich des Verkaufs gepflogen worden sein.

Die andere Grube der Gesellschaft im Ruhrbecken, Baldur bei Dorsten, ist noch nicht im Betrieb. Die Bergarbeiter stützen ihre Vermutung, daß die Grube Radbod Spekulationszwecken diente, auch damit, daß der Abbau in der Grube mehr einem Raubbau glich. Sparsamkeit an allen Enden und Ecken, dafür nahm man die verschiedensten

Experimente vor, um nur an Kohlen heranzuholen, was herauszuholen war. Ob das so ist, wie uns die Bergarbeiter und Beamten erzählten, lassen wir dahingestellt. Wir könnten bei event. Bestätigung dieser Gerichte nur unsere Schlüsse auf die vorhandenen Missstände auf Radbod besser ziehen. Missstände gab es in Höhe und Fülle.

Schon die eine Tatsache läßt darauf schließen, daß im ersten Halbjahr 1908 ein Zugang von 830 Bergarbeitern und ein Abgang von 656 Bergarbeitern zu verzeichnen war. Radbod war also der reiste Bergarbeitsplatz und nur wenige Leichen im Ruhrbecken dürften ihm, was Abzug und Zugang anbelangt, zur Seite gestellt werden können. Das durch diesen starken Belegschaftswechsel die Sicherheit der Grube nicht erhöht wurde, ist selbstverständlich. Die Belegschaft erkannte diese Gefahren und sie berief für den 11. Oktober eine Versammlung ein, in der man sich nicht nur über die schlechte Behandlung und das rigorose Strafgesetz unterhielt, sondern die Versammlung richtete eine Eingabe an den Betriebsführer, nur solche Arbeiter an den Gewinnungsarbeiten zu beschäftigen, die mindestens zwei Jahre unterirdisch beschäftigt waren! „Solche Arbeiter haben wir nicht“, hieß es! Das ist sehr bezeichnend. Freilich, die Grube ist noch nicht lange im Betrieb. Sie selbst hat sich Bergarbeiter nicht erziehen können, wohl aber konnte sie Bergarbeiter an die Grube fesseln durch ausständige Behandlung und gute Entlohnung. Wir haben schon auf die Worte des verunglückten Knapphartsätesten hingewiesen. Deshalb Besinnung über die auszuführenden Quälereien haben wir bei allen Bergleuten, mit denen wir sprachen, geteilt gefunden. „Wir sollen unter das rheinisch-saarabische System gezwängt werden, wir und die da auf Zeche de Wendel auch!“ Die Herren aber vergessen, daß sich Ruhrbergleute nicht in dem rheinisch-saarabischen System rechtfinden können und werden. Sie kommen und gehen wieder.

Schlechte Behandlung, rigorose Bestrafungen! Am schlimmsten lagten die Kameraden über die Steiger-Hilgenstock, Cariere und schließlich auch über Thiemann. „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann scheren Sie sich zum Teufel!“ Oder es wurde gedroht, die Leute in Flöz 6 zu stecken, das Vergnittel besitzt. Wehe aber, wenn hier bei schlechten Gangenden und den Bergmitteln eine Schippe Steine im Wagen zu finden war. Es geht dann Strafen auf Strafen! Das Flöz 6 verdient den Namen Wehelsbütz, dort wollte man den Bergarbeitern „das arbeiten lernen“.

Lange Namentreihen zierten die Strafzettel. Am Tage des Unglücks standen — wie uns gesagt wurde — weit über hundert Namen am Brett! Die Strafzettel wurden, als die Katastrophe hereinbrach, gleich entfernt, was sicher ein Zeichen ist, daß man entweder sich der Bestrafungen an diesem Tage schäme oder sonstwie Ursache hatte, die Strafen vor den ankommenden Bergbeamten und andern zu verborgen. Es läßt sich denken, daß die Untreiberei auf Radbod eine grobe war. Die Leistungsfähigkeit wurde bis auf das höchste gezeigt. Dafür sorgte man schon bei der Gedingestellung. Viele Fragen aber hängen mit Unfallfragen zusammen. Das ist eine alte Minenwahrheit.

Die Arbeiter mußten ihr Augenmerk auf die Kohlen Gewinnung richten, weniger auf die Sicherheitsarbeiten, da diese Sicherheitsarbeiten vielfach nicht bezahlt wurden. Oft haben die Bergleute Bezahlung für die Sicherheitsarbeiten verlangt, da z. B. das Nachziehen oder Einholen von Wetterhöhlen bez. Blenden oft eine geraume Zeit in Anspruch nimmt. Werden die Arbeiten nicht bezahlt, läßt man sie so lange wie möglich liegen. Kohlen heißt es — die Sicherheit kommt in zweiter Linie!

Radbod ist eine Zeche, auf der es sehr heiß ist und die viel mit Schlagwettern zu tun hat. Wir geben zu, daß gewaltige Mengen Luft in die Gruben hineingeschafft werden, die Luftführung ist an einigen Stellen sogar so stark in den Ecken, daß den Leuten der Staub ins Gesicht getrieben wird. Aber das ist nur an einigen Stellen. Obwohl das Abbaufeld, soweit es in Angriff genommen ist, kein großes ist, steht es in den verschiedenen Abteilungen und vor den Dörfern an der nötigen Luft. Nicht auf das hereinpumpen der Luft kommt es an, sondern auf ihre Verteilung in der Grube, und darüber wurden uns Klagen genug laut.

An Schlagwettern mangelt es nicht! Schon vor kurzem — am 29. Oktober — fand eine Explosion schlagender Wetter in einem Aufschluß statt, wobei drei Steiger, ein Fahrbauer und ein Hauer sich verbrannten, wenn auch nicht tödlich. Es war dieses Unglück die Überrasche zu der jüngsten Katastrophe. Es war aber auch eine Mahnung an die Behörden, nach dem redeten zu sehen. Inwieweit das geschehen ist oder nicht, entzieht sich unserer Kenntnis. Vielleicht gibt die Bergbehörde noch hierüber Aufklärung.

Was wir aber hier feststellen wollen, das ist, daß es auf der Zeche Radbod eine ganze Anzahl Stellen gab,

die als Sammelpunkte für Schlagwetter zu bezeichnen waren. Um eine Schlagwetterexplosion handelt es sich ja. Das ist jetzt schon festgestellt. Nur will man vor einem Rätsel stehen, woher das Unglück einen solchen Umfang annehmen konnte. Auch weiß man nicht, wo das Unglück seinen Ursprung nahm und die Schlagwetter sich entzündeten. Das letztere lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Die Bergarbeiter, soweit wir mit ihnen sprachen, vermittelten den Verdacht der Katastrophe in demselben Aufbruch, wo am 29. Oktober die Schlagwetterexplosion entstand oder in der näheren Umgebung von der Gangplatte in der östlichen Richtung der dritten Sohle im Stiegerevier Karriere.

Vom Schacht bis zu der genannten Gangplatte blieben es etwa 350 bis 400 Meter weit sein. Nachdem man weitere 100 Meter getrieben hatte, wurden im Flöz 6 aus der Fichte 4 bis 5 Fuß hoch die Kohlen, etwa auf 40 Meter weit herausgehauen, dann wurde die Fichte abgesetzt und ist die Strecke bis zur Fichte etwa 25 Meter weitergetrieben. Der durch das Abbauen des Holzes — besser gesagt durch das Kohlenrauben entstandene Hohlräum ist nur holdhartig mit Holz etwas abgedeckt. Und dieser Hohlräum, 40 Meter lang und 4 bis 5 Fuß hoch, war eines der furchtbaren Sammelbecken für schlagende Wetter! Die angegebenen Zahlen beruhen auf Schätzung der Bergarbeiter, was wir feststellen, um der bekannten Verächtigungspraxis der Gecken schon jetzt den Sieg zu verschlieben, falls die Verächtigungen die Berechnung auf Centimeter festlegen. An sich würde aber der Hohlräum wenig bedeuten, selbst wenn Schlagwetter sich ansammeln, wenn in weiteren Verläufen der Strecke das Ort Schlagwetterreich war. Das war aber nicht der Fall. Hier standen Schlagwetter und hier wurde auch geschossen. Der Steiger wird sich erinnern müssen, dass vor Ort die Wetter bis zu 1½ Fuß stark standen. Sind hier etwa die Wetter angeschossen worden, dann entzündeten sich die Schlagwetter in dem Hohlräum mit. Oder aber auch beide Teile, die Schlagwetter vor Ort, wie die im Hohlräum gaben einer Explosion von anderer Stelle her furchtbare Nahrung. Die Strecke liegt ja zum großen Teil denn auch zu Bruch, ein Zeichen, dass es infolge der angesammelten und angezündeten Gase hier furchtbar gehauft hat.

Weiter: Von der Gangplatte geht eine Strecke nach dem Süden nach dem Flöz 7 zu. Auch hier ist auf einer Länge die Sohle mit geraubt worden. Sodass hier gleichfalls ein Hohlräum von vier bis fünf Fuß über den Kappen entstand. Auch hier standen Wetter, sowie vor der Arbeit. Hier stand am Unglücksstage alles in Flammen und wie ein Teil der östlichen Richtstrecke liegt auch hier alles zu Brüche. Die Rettungsmannschaften vermochten nur eine kurze Strecke bis dahin zu dringen, um dann wieder die Arbeit aufzugeben. Kurz und gut, die Vermutung der Bergarbeiter geht hauptsächlich dahin, dass sich in diesem Winkel die Wetter entzündet haben.

Weiter: Im früheren Revier 2 auf der zweiten Sohle im Süden befindet sich der runde Stapel. Der ist bis zur zweiten Sohle durch. Darin befinden sich Flöz 3 und 4. Im Flöz 4 ist ein Ort getrieben worden, etwa zehn Meter, dann wurde ein Aufbau verlegt, auf der östlichen Seite, der wohl 70 Meter hoch aber nicht durch ist. Weiter ist auf der westlichen Seite ein Ort getrieben und ein Aufbau von etwa zehn Metern, der aber mit einer Steinmauer ausgelegt ist. Gestrichen wie westlich hatten sich große Mengen Schlagwetter angesammelt. „Alles voll Wetter!“ Auch hier steht alles in Flammen und ist auch alles hier zusammengebrochen!

Weiter: Auf der zweiten Sohle vom Schacht aus ist südlich ein Querschlag getrieben nach Flöz 3, 10 Meter vom Querschlag im Flöz steht ein Aufbau, der 50 Meter hoch ist. Dieser Aufbau steht still, die Butten sind herausgenommen. Wenn er also unten einen Brecherquerschlag hat, so ist doch festgestellt, dass er vor dem Unglück voller Wetter stand. Der südliche Querschlag wird von Flöz 3 ab weiter getrieben. Auf 20 Meter Entfernung hat man Flöz 4 gepackt — am 8. wurde es angeschossen. Im Querschlag wird gearbeitet und selbsterklärend auch geschossen, ohne sicher zu sein, die Schlagwetter zu entzünden. Nach dem Westen zu, im westlichen Querschlag, haben sich einige Kameraden zu retten vermocht. Als die Rettungsmannschaft vordringen wollte, wurde sie durch Feuer und Rauchwaden zurückgehalten. Es kann angenommen werden, dass in diesem Teil der Grube die Explosion nicht entstanden ist. Überhaupt hat sich das Feuer derart ausgedehnt gehabt, dass selbst am Schacht die Bohlen brannten. Es wurden am Schacht Leute mit brennenden Kleidern angetroffen und „gerettet“.

Wir sehen, an Wetteransammlungen hat es nicht gefehlt. Da bei können wir nur einen Teil von Wetteransammlungen wiederholen, da wir nicht mit allen überlebenden Belegschaftsmitgliedern haben sprechen können. Wir haben auch keine Ursache, unseren Gewässermännern nicht Glauben zu schenken. Wir hatten alte erfahrene Bergarbeiter vor uns und die schreckliche Katastrophe hat diese Kameraden recht gegeben. Ihre Versicherungen müssen wir als authentisches Material anpassen, das wir selbstverständlich mit unserer Verantwortung decken!

Nicht nur fand die einmal hereingebrochene Explosion gute Nahrung in den angesammelten Schlagwettern, sondern der Kohlenstaub beförderte die Weiterverbreitung der Flammenäulen. Explosionsmuster auf Explosionsfolgen. Entgegen anderen Meldungen wollen wir hier feststellen, dass Radbod Kohlenstaubreich war. Vielfach lag der Kohlenstaub singend.

Der Kohlenstaub schadlos zu machen, dazu war wohl die Möglichkeit vorhanden, wenn nur die Verhüllungsanlage eine intakte war. Die nötigen Verhüllungen konnten nicht vorgenommen werden, weil es oft und allzuoft an Wasserschäfte. Und das auf einer heißen Grube, wo der Kohlenstaub gefährbringend ist, wenn er nicht im Lage mehrere Male verrieselt wird. In Wahrheit hat es genügt, sehr oft Bergarbeiter haben sich bewusst. Es hieß dann: „Es ist kein Wasser da!“ oder „das Wasser ist ausgeflossen“. Der Wettersteiger hat das alles gesehen, wusste es vielmehr gesehen haben, aber vor ihm ergänzen sich die Bergarbeiter, dass er sich um Dinge zuviel kümmerte, die mehr die alten Steiger angegingen als ihn, den Wettersteiger. Was sollte er auch schließlich tun? Was die übrigen Beamten. Von ihnen erwarten die Bergarbeiter nicht mehr, als dass sie es möglichst so benehmen, dass der Arbeiter mit ihnen zusammen kann.

Wenn wir die Schuldfrage aufweisen, denken wir ebenso wenig an die Beamten wie an die Arbeiter. Beide stehen in und leiden in erster Linie durch die angesammelten Gefahren, sie sind die Opfer der Katastrophen von vorne herein. Immer aber sollten die Beamten darauf dringen, dass die Grubeneinrichtungen in Ordnung sind. Wenn dann nicht Ordnung kommt, dann beschränkt sich der Kreis der Schuldigen auf immer weniger Personen für den, der dem auf den Gruben vorherrschenden System weniger Beachtung schenkt. Wie sah es vor dem Unglücksstage mit der Belebung aus?

Am Montag, Dienstag und Mittwoch vor dem Rassenübungsfest funktionierte die Belebung nicht.

Am Montag und Dienstag war kein Wasser da und am Mittwoch erhielt man welches, aber ohne Druck und auch nur so spärlich, dass von einer vernünftigen Belebung keine Rede sein konnte. Vielleicht kam auch nur deshalb etwas Wasser, weil der Rettungsdienst die Grube besaß und der Geheimrat Weißner alles in Ordnung fand.

Bir aber haben gelehrt, dass uns eine kurze Unterhaltung mit den Bergleuten eine Fülle von Material

brachte, welches zeigt, dass eben nicht alles in Ordnung war. Und wir haben ihr uns die Leichen und Verletzen fast der ganzen Nachtschicht. Nehm es mir nicht alles in Ordnung! Man lasse den schon längst veralteten „Bläser“ zu Hause. Ursachen und Wirkungen der furchtbaren Katastrophe hängen mit dem Bläser höchstens nicht zusammen. Wir befinden uns zum Glück im Ruhebeden, wo unsere Kameraden nicht nur Beobachtungsgabe besitzen, sondern auch das aussprechen, was sie wissen. Wir stellen fest: Es war nicht alles in Ordnung, und wir schenken uns nicht, auszusprechen, was ist. Wir sind bereit, wenn es verlangt wird, an allen Stellen den Beweis zu erbringen, dass eben nicht alles in Ordnung war!

Ebenso voreilig, wie der Geheimrat Weißner, hat der Herr Minister Dellbrück sich mit der Schuldfrage beschäftigt. In einer Konferenz, an der auch Prinz Eitel Friedrich teilnahm, führte der Minister aus, dass er nach den Berichten seiner Kommissare, die die Arbeiter vernommen hätten, bisher den festen Eindruck gewonnen hätte, dass seitens der Betriebsverwaltung und der Betriebsbeamten keinerlei Verstöße gegen die bergpolizeilichen Vorschriften zu konstatieren gewesen seien.

Ähnlich, tunnen Ihnen, wenn „alles in bester Ordnung war“, brachen die furchtbaren Katastrophen herein! Niemals haben Beobachtungsbeamte und die Betriebsverwaltung die Schuld! Der Minister mag recht haben. Aber ohne Schuldige kein solches Misserfolg! Nach dem, was wir oben festgestellt haben, schließen wir bei der Ursache die höhere Gewalt, der man nicht vorbeugen kann, aus. Und wir würden den wichtigsten Protest einlegen, falls der Minister sich erlauben wollte, in der Schuldfrage an die Arbeiter zu denken.

Schuldig sind diejenigen, die die Grube in solcher Weise versauen und seine Nebelstände einzurichten suchen, wie wir sie zu schildern vermöchten. Die Wetterführung konnte besser reguliert werden. Der Abgrenzung der Abteilungen, gemäß der Bergpolizeiverordnung betreffend die Belebung der Steinöfenbergwerke und die Sicherung derselben gegen Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen vom 12. Dezember 1900, verordnet in § 11, hat man nach unserer und noch der Überzeugung anderer („Rheinische Volks-Zeitung“) keine Beachtung geschenkt. Die Bestimmung lautet:

Die Belebung einer jeden Grube ist so einzurichten, dass möglichst viele selbständige Abteilungen mit gesonderten Wetterströmen geschaffen werden; diese sind derartig von einander zu trennen, dass das Überströmen von Wettern aus einer Abteilung in die andere ausgeschlossen ist (Wetterabteilungen). In einer und derselben Wetterabteilung dürfen, sofern nicht der Revierbeamte in Einzelfällen und ausnahmsweise beschränkende oder erweiternde Bestimmungen getroffen hat, nicht mehr als 20 Abthane oder Strecken gleichzeitig beschäftigt werden.“

Herr Minister, wollen Sie uns sagen, ob diese Bestimmung auf Radbod Anwendung gefunden hat? Wenn Sie die Frage bejahen, reden wir weiter mit Ihnen.“

Schuldig sind diejenigen, die nicht dafür sorgten, dass die Belebung in vorschriftsmässiger Weise vor sich gehen konnte. Will uns der Minister nicht sagen, warum die Belebung und die Wasserversorgung nicht funktionierte? Wir bitten um Antwort! Die elende Wasserversorgung auf Radbod schreit zum Himmel. Schon längst hätte man die Wasserfrage lösen können, wenn man daran gedacht hätte, dass Hunderte von Menschen leben auf dem Spiele standen, wenn die Belebung nicht funktionierte. Es ist himmelschreiend daran zu denken, wie devrimidernd der Wassermangel selbst am Tage der Katastrophe wirkte. Und alles das, weil sich das Werk — wie uns gesagt wird — mit der Stadt Hamm in der Wasserversorgung nicht einigen konnte. Nein, nein! Die Schuldfrage ist nicht mit den Erklärungen des Ministers und des Geheimen Rats Weißner abgetan. Dazu sind uns unsere verunglückten Kameraden zu stief! Wir machen auch nicht eine Einzelperson verantwortlich, denn wir haben es auch hier mit dem berüchtigten System zu tun, das so schwer auf dem Bergbau und den Bergarbeitern lastet. Die Schuldigen sind nicht in den einzelnen kleinen und kleinsten Beamten zu suchen, „Höher“ hinauf muss man gehen — höher hinauf und die Sache selbst etwas tiefer auffassen. Dann kommt man zu einem andern Ergebnis wie der Minister! Nicht so ohne weiteres sammlen sich die Schlagwetter an, nicht von selbst war der Kohlenstaub der gefährbringende Verbreiter der Explosion! Nicht aus bloßen Zufällen heraus sind unsere Kameraden zu Hunderten niedergestreckt worden! Das wollen wir ein für allemal gesagt haben!

Seit 40 Jahren!

Als im Jahre 1867 im Engauer Revier die Fundgrube von einem Schiefersteinzurz heimgesucht wurde, wurden 101 Mann der Belegschaft in der Tiefe begraben. Es war nicht das erste Unglück, aber es war bis dahin das grösste, dann folgte der Wetterbeschlag auf Neu-Iservöh in der Ruhrtiefe, der 81 braven Bergleuten das Leben kostete und es folgte wieder das Königreich Sachsen mit einer Schlagwetterexplosion, die auf den Bergwerken 269 Menschen niederkreiste. Es war bisher das grösste Massenunglück des Deutschen Reiches heimgesucht hat, bis es durch Radbod weit in den Schatten gestellt ist. Es folgten Borussia und Neu-Iservöh I, Massen, Zollern. Auf den Brückenbergschächten im Zwittauer Revier endeten durch eine weitere Katastrophe 89 Menschen ihr Leben, Kamphausen im Saarrevier forderte 181 Menschenleben, seitdem hören die Katastrophen nicht mehr auf. Sie folgten schnell aufeinander. Pluto, Hibernia, Konsolidation, Blumenthal, Kaiserstuhl, Cleophasgrube, Frankenholz, Zollern, Karolineburg, Borussia, Reden, Rosseln. Hunderte Bergarbeiter büßten ihr Leben ein. Unzählig sind die übrigen Schlagwetterexplosionen, die weitere Hunderte von Bergarbeitern niederkreisten. Wir haben nur die Namen solcher Werke mitgeteilt, wo die grätesten Katastrophen erfolgten. Explosions, Seilbrüche, Schachteinbrüche, Schachtbrände, Niedergehende Gesteinsmassen forderten fortgesetzte Massengräber. Uns liegen nicht die Zahlen vor, was vor dem Jahre 1886 auf dem Schlachtfelde der Bergarbeit sterben musste. Von 1886 an liegen aber authentische Zahlen vor. Bis 1907 zählten wir mehr als 23 000 Tote und mehr als 1 Million Verwundete im deutschen Bergbau.

Von Jahr zu Jahr wurden es mehr; unangefochtene stieg das Blutmeer, unzähliges Elend hinterließ. Die Parlamente des deutschen Reiches haben sich schon vor vierzig Jahren mit dem Arbeiterschutz beschäftigen müssen und oft genug standen später Bergarbeiterfragen und Bergarbeiterforderungen in den Parlamenten zur Verhandlung, mit dem Ergebnis, dass der Tod um so reichere Ente im Bergbau hielt.

O weh, wenn es sich um die Ermordung eines Reichsländers im Auslande handelt. Man war bereit, sich in menschenvernichtende Kriege hineinzutun. Im eigenen Vaterlande hingegen strecken sich jährlich hunderte arme Menschen, brave Familienväter, zerstört, verbrannt bis zur Unkenntlichkeit! Die Massengräber wölben sich. Und die Überlebenden im Bergbau wehren sich gegen den furchtbaren Tod, suchen sich zu schützen vor der Massenvernichtung, indem sie fordern, mit teilzunehmen an der Kontrolle über die Sicherheit der Betriebe. Sie sahen, wie das alte System der Bevormundung zu immer neuen Massengräbern trieb, wie die heutige Inspektion und Aufsicht der Gruben nicht ausreichen, um sie zu verhindern oder auch nur einzudringen. Sie begaben sich zu Bergarbeiter noch ihrem Recht, ließen ihren Selbstbehauptungskrieg hinweg setzen, aber eine unverantwortliche Bürokratie, die Missachtung und die Bevormundung. Sie waren stärker als die Liebe zur Menschheit,

als die Pflicht, Bergarbeiterleben zu schützen, so zu schützen, wie es die Vernunft gebietet. Das System der Bürokratie hat — und das ist das eine gute, was wir an ihr entdecken könnten, eindringlich Schiffsbruch gesunken. Kein edel und vernünftig denkender Mensch hat mehr Vertrauen zu ihr. Das Missenmglück auf Radbod hat die Bürokratie und die Bevormundung moralisch endgültig zu Grabe getragen. Ein System, unter dem dann die größten Katastrophen auf den Bergwerken erfolgen, wenn „alles in bester Ordnung ist“, richtet sich selbst und ist nicht mehr länger aufrecht zu erhalten.

Vierzig Jahre und länger stehen die Blutstrüme, vierzig Jahre und noch länger salbadet und distiert man an Bergarbeiterstühn bestimmmungen herum, das Ergebnis liegt in den angeführten Zahlen vor uns. Zeit sind wir es salt! Unser Mitteid und Berechtigkeitsgefühl bauen sich gegen diesen unerhörten Zustand auf. Wir wollen die Männer unserer Brüder im Bergbau schützen. Wir sind es leid, immer vor neuen Massengräbern zu stehen. Im Namen der Menschheit, fordern wir unser Recht! Wer mit dem Bergarbeiterhand, wie ihn die Bergarbeiter fordern! mit der Arbeiterkontrolle! Die auf Radbod in der Z... schlummern, sind Blutzungen für uns, das wir das Recht und die Pflicht haben, zu verlangen, was man uns bis jetzt vorerthalten hat.

Eine wichtige Demonstration.

Um vergangenen Freitag traf Prinz Eitel Friedrich nebst Gefolge auf der Unglückszeche ein. Am 2000 Männer und Frauen erwarteten ihn auf der Zechen. Als sein Automobil ansteht wurde, erhoben aus allen Reihen: „Mehr Bergarbeiterrecht!“ Gebt uns unserer Männer wieder! Reichsberggesetz! Arbeiterkontrolle! Fische und Verwüstungen werden gegen die Grubenverwaltung laufen. Die erregte Menge verlangte eine Deputation an den Prinzen und forderte die Kameraden Pilgrim, Möhn und Lebaudowski mit der Mission, sofort beim Prinzen vorstellig zu werden, um die Wünsche der Belegschaft zum Ausdruck zu bringen. Die Deputation versuchte sich zum Entgegen der Werksbeamten auch Zutritt zum Prinzen Pilgrim sagte:

Was gebietet Ihr Hoheit zu tun, um ein derartiges Massengrab für die Folge zu verhindern? Wir sind beantragt, unser Wünsche dahin zu präzisieren, dass wir 1. Grubenkontrolle aus den Reihen der Bergleute verlangen, 2. fordern wir die reichsgerichtliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse. Wir bitten Ew. Ihr Hoheit, Ihren Einfluss dahin geltend zu machen, dass unsere gerechten Wünsche erfüllt werden.“

Prinz Eitel Friedrich erwiderte:

„Ich kann Ihnen eine Auskunft dahin geben, dass ich meinem Vater genau Bericht erstatten werde, und ich hoffe, dass Sie zufrieden gestellt werden, ich werde meinen Einfluss dahin geltend machen.“

Alles das, was sonst die Presse über wüstes Gejohle, von Skandalenzenen, von betrunkenen Elementen schreibt, ist nur geschrieben worden, um Stimmung gegen die Bergarbeiter zu machen. In einer Versammlung der Belegschaft am Sonntag münzte der Belebtersteller der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu geben, dass von einem Singen der Marschallasse durch die Belegschaft gar keine Rede war. Ferner gab er zu, dass das genannte Organ die Beschimpfungen der Bergarbeiter selbst in die Belebung hineingeschrieben habe, ohne dass er davon gescrieben! So wird Stimmung gemacht! Als die Deputation auf dem Platz zurückkehrten, machte einer der Deputierten Mitteilung über die Unterredung mit dem Prinzen und forderte die Männer und Frauen auf, ruhig nach Hause zu gehen, was denn auch geschah!

Dass die Menge die Ankunft eines Prinzen aus dem kaiserlichen Hause bemühte, um ihrem Willen durch Rufe hinzugeben, kann und wird Ihnen niemand verbieten. Was sie rief, war nur, was die übrigen hunderttausende Bergarbeiter in ihre Wünsche hineingelegt haben. Und Volkes Stimme ist Gottes Stimme!

Die Belegschaft über des Unglücks.

Um Sonntag beriefen Belegschaftsmitglieder eine öffentliche Bergarbeiterversammlung nach Bochum ein, um Stellung zu der Katastrophe und gegen die „Feststellungen“ des Ministers und des Geheimen Rats Weißner abzutragen. Dazu sind uns unsere verunglückten Kameraden zu stief! Wir machen auch nicht eine Einzelperson verantwortlich, denn wir haben es auch hier mit dem berüchtigten System zu tun, das so schwer auf dem Bergbau und den Bergarbeitern lastet. Die Schuldigen sind nicht in den einzelnen kleinen und kleinsten Beamten zu suchen, „Höher“ hinauf muss man gehen — höher hinauf und die Sache selbst etwas tiefer auffassen. Dann kommt man zu einem andern Ergebnis wie der Minister! Nicht so ohne weiteres sammlen sich die Schlagwetter an, nicht von selbst war der Kohlenstaub der gefährbringende Verbreiter der Explosion! Nicht aus bloßen Zufällen heraus sind unsere Kameraden zu Hunderten niedergestreckt worden! Das wollen wir ein für allemal gesagt haben!

Neue Auflagen!

Von vertrauenswürdiger Seite erfahren wir, dass ganz kurz vor der Katastrophe die in Betracht kommenden Beamten dem Berginspektor Holländer erklärt haben sollen, sie könnten die Verantwortung für die Belebung nicht mehr übernehmen!!! Trotzdem duldet die Bergbehörde die Fortsetzung des Betriebes!!!

Von anderer, wohlunterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, wenn die Rettungsmannschaften sofort und reichlich Wasser zur Verfügung gehabt hätten, würde höchst wahrscheinlich der unterirdische Brand gelöscht worden sein, bevor die Katastrophe ihre entsetzliche Ausdehnung hätte gewinnen können!!! Die Rettungsmannschaften mussten nördlichst mit Eisenhantieren, eine starkstromige Wasserleitung war eben nicht vorhanden!!! So wird uns vertrauenswürdig berichtet. Um dies nach Gebühr würdig zu können, muss man wissen, dass in dieser Grube eine schnelle austrocknende Lüke herrschte! Dadurch auch nur kann die rasende Füse, mit der das Feuer um sich gegriffen hat, erklärt werden.

Beratungsminister Delbrück hat nach Berichten gegenfreundlicher Blätter dem Prinzen Eitel Friedrich erklärt, die Grubenbesitzer und die Zechenverwaltung träte keine Schuld! Unsere Kameraden Sachse und Severing haben schon am Samstag im Reichstag protestiert gegen diesen Versuch des bergbehördlichen Vertreters, indirekt die verunglückten Arbeiter und Unterbeamten als die Schuldigen zu bezeichnen. Wenn sich schon die beiden oben mitgeteilten Behauptungen zweifellos fachkundiger Persönlichkeiten bewähren, dann gehört in erster Linie die Bergbehörde auf die Anklagebank!!!

Bergarbeiterfragen im Reichstag. (Das Grubenunglück auf Radbod, Neverschichten und Schwarze Listen.)

Am 12. November konnte die Verästigung der Petition der Bergarbeiterverbände, Sperren und Überhöchstten betreffend, fortgesetzt werden. Die Sitzung ist vom Präsidenten, Grafen von Stolberg, mit folgendem Worten eröffnet worden:

"Vor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich hervorheben, welche es noch nicht bekannt sein sollte, mittelen, daß eine schwere Grubentatastrophe in einem westfälischen Bergwerk stattgefunden hat. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich jetzt schon sage, daß der Reichstag das aufrichtigste Mitteil mit allen denjenigen hat, welche durch diese Katastrophe geschädigt worden sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Nachdem der Reichstag einige andere Fragen erledigt, trat man in die Debatte über die Petition der Bergarbeiterverbände ein. Die Abgeordneten Hux, Sachse, Hengsbach, Goethen, Macken und Behrens traten auf Seite der Petition, während den Grubenbesitzern ein Verteidiger in der Person des Herrn von Schubert, des Schiegerjohnes Stumms, erstand. Die Debatte hatte den Erfolg, daß die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Wir lassen den Bericht über die Verhandlungen hier kurz folgen. Als erster erhält das Wort:

"Behrens (Wirtsh., Wgn.): Es bedient des neuesten Bergarbeiterunglückes und hofft, daß es gelingen wird, möglichst viele Arbeiter zu retten. Redner kritisiert das Vorgehen der Bergarbeiterverbände mit schwarzen Listen, das gegen die guten Seiten und gegen die Gelehrte verstoht.

Sachse (Soz.): Zunächst will ich dem Herrn Präsidenten und dem Haush. Dank dafür aussprechen, daß sie heute der verunglückten Bergleute gedacht haben, was wir bisher noch nie erlebt haben. Die Bergarbeiter werden es begrüßen, daß der Reichstag so schweren Unglücksfälle in mehr Aufmerksamkeit gewidmet als früher. Die Zahl der tödlichen Unfälle im Bergwerksbetriebe ist sehr groß. Sie betrug im Jahre 1907, obgleich sich nur wenige große Unglücksfälle ereigneten, 1700. Mit Schuld an diesen Verunglücken ist auch das Überhöchsttenwesen, um dessen Beseitigung die Betreter bitten. Die Unfälle im Bergwerksbetriebe sind von 12,19 pro Mille im Jahre 1900 auf 15,71 im Jahre 1908 gestiegen. Ich bitte das Haus, der Petition beizutreten, damit die Regierung den Arbeitständen durch gezielte Maßnahmen Bekämpfung trage. Es wird gesagt, welche Vorschläge seien nicht nötig, nachdem durch Artikel 4 der preußischen Bergregulations ein Gewährleistungsrat geschaffen sei, der die Überhöchstten jederzeit verbieten könne. Dieser Rat steht aber lediglich auf dem Papier, er ist seit den drei Jahren meines Wissens noch gar nicht zusammenberufen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitgeber tun so, als wenn sie sich durch die schwarzen Listen gegen ein rigoros vorgehenden Bergarbeiterverbänden wehren müßten. Die schwarzen Listen aber, die auf dem Tisch des Hauses niedergelegt sind, sind zu einer Zeit geschaffen worden, wo die Arbeiterorganisationen weder in eine Bewegung eingetreten waren, noch mit Streik drohten. So, auch ehe in Deutschland ein Bergarbeiterverband bestand, sind die Bechenherren mit schwarzen Listen und Aussperrungen vorgegangen. Ein Geheimdokument der oberhöchstten Grubeneinheiten vom 11. August 1908 beweist, daß die Unternehmer auch gegen die Beamten mit schwarzen Listen vorgehen. Die Unternehmer werden in dem Rundschreiben aufgefordert, alle Techniker zum Ausstieg aus dem Technikerverband zu veranlassen, weil auch dieser Verband geeignet sei, den Frieden im Gewerbe zu stören. (Hört! hört! links.) Ich lege hier wieder die neuene schwarze Liste vor, die wiederum gegen 5200 Namen enthaltet. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt haben keinen Paragraphen gefunden, um gegen die Grubenherren und Zechenverwaltungen vorzugehen. Handelt es sich um Arbeiter, so würde man schnell einen Paragraphen finden, wenn keinen anderen, so den großen Unfugsparagraphen. (Schei! wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Terrorismus der Herren richtet sich aber nicht nur gegen die Arbeiter. So droht der Bergbau-liche Verein in Niedersachsen, weil der örtliche Magistrat nach Arbeitern angesprochen, die dafür Repressalien an. (Hört! hört! bei den Soz.) Wahrscheinlich sollen nach Görting keine Kohlen mehr geliefert werden. (Weiterheit.) Trotz des Nebenflusses an Arbeitskräften, der gerade jetzt vorhanden ist, zieht man Arbeiter aus dem Auslande heran; so hat die Landarbeiterzentrale eine Filiale in Essen, also mitten im Industriegebiet. (Hört! hört! bei den Soz.) Auf der neuesten schwarzen Liste, die ich auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe, finden sich 161 Namen von Arbeitern der Firma De Wente. (Hört! hört! bei den Soz.) Dieselbe Firma, welche 161 Leute wegen Lumpenreien für sechs Monate auf die Straße wirkt, wendet sich an den Bielefelder Arbeitsnachweis des Herrn v. Bodenbach in gängig um Arbeitskräfte. Wenn die Schorfmacher nicht endlich in sich gehen, wenn die Regierung ihr Ohr verschließt, wenn der Reichstag die Petitionen nicht einstimmig dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überweist, so machen sich Schorfmacher, Regierung und auch das hohe Haus mit schuldig an dem Fortbestehen dieser himmelschreitenden, dieser faulnigen Zustände im Bergbau. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Macken (Reutrum): Die Katastrophe sollte uns ein mahnendes Monatok sein. Wir verlangen nach wie vor reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts, nachdem die Landesgesetzgebung völlig versagt hat. Die Kritiken meiner Vorredner richten fast überall zu. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die gefährlichen Vorschriften sollten auch für die Zechenverwaltungen bindend sein. (Lebhafte Beifall im Reutrum und links.)

Goethen (Greif. Vereinigung): Die Katastrophe sollte uns zum Eintritt für die Forderungen der stets arg gefährdeten Bergarbeiter bewegen. Die schwarzen Listen sind geradezu die Wiederholung der geheimen Personalsakten. Da die Schorfmacher ihrerseits die Arbeiterorganisationen nicht anerkennen wollen, so muß die Gesetzgebung eingreifen. (Lebhafte Beifall links.)

b. Schubert (Nationalliberal): Es ist tief bedauerlich, daß gerade am Tage der furchtbaren Katastrophe der heilagewürdige Zwischenraum zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Berggewerbe hervortrete. Auch wie empfehlen die Petitionen zur Berücksichtigung, obwohl mancherlei Übertriebungen in ihnen enthalten sind. Auf den Schwarzen Listen stehen meist arbeitschneure oder wegen Verschulden entlassene Arbeitnehmer.

Hux (Sozialdemokrat): Ich kann mitteilen, daß nach einem mir zugegangenen Telegramm das Grubenunglück nicht so viele Opfer gefordert hat, wie man erst annahm. (Erst nachdem Hux gesprochen, traf ein zweites Telegramm ein, daß dann den Unfall in vollem Umfang abgeblieben ist. D. R.) Aber ich muß auch feststellen, daß auf der selben Stelle schon vor 14 Tagen eine Schlagwetterexplosion stattgefunden hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der "Bergarbeiter-Zeitung" ein Artikel erschien, der den Grubenherren mißtraut, daß sie sich nach dem Verfaßer des Artikels, was geht das der Bergbehörde an? Sie soll darauf achten, daß solche Bergungswerte Unfälle nicht vorkommen. (Schei! richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kennzeichnend für sie ist, daß kein Vertreter hier zur Stelle ist. (Schei! richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Schubert

behauptet, daß die zum Vergleich ungünstigen Jahre in der Petition verangesehen sind. Das ist nicht wahr; die Petition ist vielmehr bei allen Jahren sehr sachlich zusammengestellt. Die Senkung des Lebensalters der Bergleute stellt eine große Einbuße an Nationalkapital dar. In dem Streitkreis, den häufiger Wechsel der Arbeiter eintritt, sind wir mit den Vertretern der Industrie einig. Wenn aber Herr Schubert sagt, die Absicht der Unternehmer dabei ist, Unglücksfälle zu verhindern, nun warum nehmen dann die Herren mit Schaden und Flühen gegen jede Einrichtung zum Schutz der Bergleute?

Doch die Verhütung von Unglücksfällen das Leitmotiv der Unternehmer ist, nun, wer das glaubt, liegt einen Fehler. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Interessant war es, daß Herr Schubert sagte, die Bergarbeiter wechselt deshalb so häufig ihre Stellung, um sich dem Berichtsvollzieher zu entziehen. Das Material, das er hierüber berichtete, zeigt geradezu erstaunlich die Verarmung des Arbeiters. Wir werden nicht verstehen, dies uns noch unbekannte Material zu vermerten. Herr Schubert sagt, wer auf der schwarzen Liste steht, sei nicht für sechs Monate ausgesperrt, sondern kann auf der alten Liste wieder angenommen werden. Das heißt, er soll wieder in das alte Joch, sich bingen unter die Herren, die Ankläger, Richter und Strafwillstreter zugleich sind. Mit dieser faulen Ausrede des Bergarbeiterverbandes will man nur verdecken, was man an den Leuten fürchterliches getan. (Schei! richtig! bei den Soz.) Auch die Behauptung, daß nur kontaktfähige Arbeiter auf die schwarzen Listen kommen, ist falsch. Das unheilige Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern schob Herr Schubert auf die "Verhebung" durch die Gewerkschaften. Das ist mir erklärlich, wenn er Kontaktfbruch und Insubordination in einem Atemzug gebraucht. Die Bergarbeiter sehen eben in den Bergarbeitern nicht freie Arbeiter, sondern Untergebene. Herr Schubert betonte, er sei von Bergarbeitern gewählt worden. Gern, aber mit welchen Mitteln? (Schei! gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden noch Gelegenheit finden, die sozialistischen Wahlzustände hier zu besprechen. Man hat dort die Leute zur Hundedemokratie, zur Heuchelei erzogen; sie sehen in dem Vorgesetzten nicht einen gleichgestellten Staatsbürgen, sondern einen Mann, dem man auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert ist. (Schei! wahr! bei den Soz.) Es wird eine ernste Würdigung des Unglücks von Radbod sein, wenn wir diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung überweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Behrens (Wirtsh., Wgn.): Ich polemisierte gegen den Abg. Schubert.

Hengsbach (Soz.): Der Abg. Schubert glaubte, an den Grubenherren hier eine Mohnwüsch vornehmen zu müssen. Die ist aber läufiglich mißlungen. Das Plaudern von Arbeitern verurteilen wir ebenfalls, ebenso wie die Feierlichkeiten. Der Arbeiter, der regelmäßig zur Arbeit kommt, soll keine Überhöchstten machen, sondern die Arbeitszeit einhalten. Wenn aber ein junger Arbeiter in jugendlichem Leichtsinne einmal blau gemacht hat, ist es dann nicht eine unerbittliche Strafe, ihn für sechs Monate auszusperren? (Schei! wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Schubert sagt falsch, ein ausgesperrter Arbeiter liegt nicht sechs Monate auf der Straße, sondern kann auf der alten Liste wieder angenommen werden. Darauf haben meine Freunde ihm schon erwidert. Wenn Abg. Schubert wieder angenommen werden soll, warum wird er dann erst abgelegt? (Schei! richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter behauptet Herr Schubert, nur kontaktfähige Arbeiter kommen auf die schwarze Liste. Ich kann Ihnen zahlreiche Fälle anführen, wo Arbeiter trotz ordnungsmäßiger Kündigung dennoch auf die schwarze Liste gekommen sind. Fortgesetzte Klagen bis Arbeiter in den großen Bergarbeitervereinigungen unter voller Namensnennung der betreffenden Bechen, daß sie trotz ordnungsmäßiger Kündigung auf die schwarze Liste gesetzt sind. Schon in der Sitzung vom 4. November führte ich einen Fall an, der sich bei Robert & Co. ereignet hat. Wegen eines angeblich unwaren Artikels im "Bergkupon" wurden vier Arbeiter zur Rede gestellt. Sie kündigten deshalb und zwar ganz ordnungsgemäß und deshalb wurden sie auf die schwarze Liste gesetzt. Ganz ebenso liegt der von mir angeführte Fall von der Firma Phönix bei Voerde. Dort wurde einem Arbeiter bestimmt, daß er sich als fleißig und zuverlässig erwiesen habe, daß seine Führung einwandfrei gewesen sei, trotzdem ist er auf die schwarze Liste gesetzt. Wie man gegen die Arbeiter vorsieht, zeigt sich deutlich in der Sprachkammer zu Frimmersdorf bei Möhre. Der katholische Arbeiterschreiber wird dort von der Vertretung eines Arbeiters zurückgewiesen. Der Rechtsanwalt der Firma Krupp aber, ein Herr, der zweifällig an- und abschafft, und der nur von diesen Vertretungen lebt, wird zugelassen. (Hört! hört! bei den Soz.) Es entspringt das alles dem Standpunkt des "Herrn im Hause sein", die Grubenherren wollen Arbeiter an die Scholle fesseln. Mit diesen Zuständen aber muß ausgeräumt werden. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die Petition wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Zum Laufe dieser Woche dürfte sich der Reichstag mit dem Massenunglück auf Radbod mehr beschäftigen, da eine Anzahl Interpellationen vorliegen. Der preußische Landtag will diese Frage schon Freitag erledigen.

Die Bergarbeiter in der internationalen Arbeiterbewegung.

(Zum Nachdenken für unsere Kritiker.)

Die Verbandstaktik war und ist wiederholt Gegenstand von Kritikern, meistens aus Kreisen, die nicht dem Bergarbeiterverband angehören. Wir sind natürlich nicht so albern, ohne weiteres den Nichtverbandsmitgliedern ihre kritischen Bemerkungen zu verargen. Der Verband kann recht gut Kritik vertragen, er steht weder über noch unter der Kritik. Schei! wird aber gegen den Verband „des Guten zuviel getan“. Jedes bekannte Verbandsmitglied, wenn es auch nur in dem „Verdacht“ steht, mit der seit 13 Jahren geübten Verbandstaktik einverstanden zu sein, weiß, daß die Verbändler nur zu oft als „neutralitätsbusig“ verspottet werden. Dieses Prädikat gehört zu den ständig wiederholten „Liebenswürdigkeiten“ gegen uns.

Wer sich die Mühe nahm, das Wesen der Gewerkschaftsbewegung zu begreifen, wer insbesondere die Umstände kennen lernte, die den Verband nach seiner Reorganisation unter Sturm und Drang in die Bahn der überlegenden Taktik brachten, der wird uns mindestens den guten Willen zur arbeiterbefreienden Tat nicht absprechen. Werfen unsere Kritiker aber auch nur einen prüfenden Blick auf die jetzige Stellung vornehmlich der Ruhrbergleute innerhalb der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands, dann werden sie sehen, daß dort die sozialdemokratische Partei festen Fuß gesetzt, nur dort bei der Landtags- und bei Kommunalwahlen auch massenhaft offene Bekenner besteht — wo der „neutralitätsbusige“ Bergarbeiterverband die Scharen organisierte! Das ist kein Zeugnis für „Neutralitätsbusigkeit“!

Wohl aber ein schlagender Beweis für die Richtigkeit unserer Auffassung, daß eine zielsichere gewerkschaftliche Schulung die Massen auch am empfänglichsten macht für die Erkenntnis der Notwendigkeit des politischen Kampfes! Dort, wo die gewerkschaftliche Schulung aus natürlichen Gründen ihre Grenzen hat, hat die politische Organisation und die politische Presse die weitere Erziehungsarbeit zu leisten. Arbeitsteilung, wie sie die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland erfordert. Nicht Berggewerkschaftsverein oder Kumpolitik, sondern gewerkschaftliche und partizipatorische Verstärkung, jede im Rahmen der dafür eigens geschaffenen Organisation! Das ist das Programm, mit dem der Verband vorwärts gekommen ist und die politische Arbeiterbewegung ebenfalls. Ist es wirklich so schwer, das zu erkennen? Tatsachen beweisen doch!

Wer immer noch der Ansicht ist, die Taktik des Bergarbeiterverbandes sei gewissermaßen eine „fixe Idee der Führer“, den bitten wir die Blicke unverzerrt zu lassen in das Gewoge der internationalen Arbeiterbewegung. Den Beobachter muß auffallen, daß die Bergarbeiter

in allen Ländern mit einer selbständigen Arbeiterbewegung eine eigenartige Stellung einnehmen

In Nordamerika repräsentiert der große Bergarbeiterverbund zweifellos das konservative Element in der Gesamtbewegung der amerikanischen Arbeiter. Wohl herrscht in der kleineren westlichen Bergarbeiterorganisation ein mehr sozialistischer Geist; aber aus kameradschaftlichen Briefen und sonstigen privaten Mitteilungen aus Amerika wissen wir, wie wenig auch „im Westen“ von einer „sozialdemokratischen Bergarbeiterorganisation“ zu reden ist. Ungewißhaft stehen die amerikanischen Bergleute in ihrer großen Mehrzahl auf dem rechten Flügel der Gesamtbewegung. Man hat das dem großen Einfluß des zurückgetretenen Bundespräsidenten John Mitchell zugeschrieben. Ob der einflussreichste Bergarbeiterführer wirklich so ein Wunderwerk verrichten konnte, möge man entscheiden, wenn man auch die Verhältnisse in den anderen Ländern zu Rate gezogen hat.

Die britischen Bergleute sind in aller Welt bekannt als die konservativen unter den Gewerkschaften Großbritanniens. Auf den dortigen Gewerkschaftskongressen haben die Bergleute (neben den Textilarbeitern) am meisten dem Drängen sozialistischer Reformer Widerstand entgegengesetzt. Während die anderen Gewerkschaften schon längst den bürgerlichen Parteien die Wahlliste versagten, blieben die Bergleute noch im Schleppen der Liberalen. Die Kameraden Butt, Wilson, Abraham, Edwards und andere sind nicht als unabhängige oder sozialistische Arbeiterkandidaten, sondern als liberale in das Parlament gewählt. Heute liegt ja ein Beschluß des Bergarbeiterkongresses vor, laut welchem sich sämtliche Bergarbeiterabgeordnete der unabhängigen Arbeiterparteiaktion anzuschließen haben. Es ist festzuhalten, daß dieser Entwicklungsgang — von der bürgerlichen zur sozialistischen Politik — bei den Bergarbeitern am langsamsten vor sich ging, und noch heute in Nordengland sowohl wie in Südwales eine große Menge organisierter Bergleute mehr zu den bürgerlichen Parteien neigt! Sollte das auch an den „Führern“ liegen? Wir wissen aus den schottischen Bergwerksbezirken, wo die sozialistische Partei wohl die meisten tiefen Anhänger unter den Führern der Bergleute besitzt, welche riesige Mühe es unseren Freunden, R. Smillie usw., gekostet hat, die träge Masse der Kohlengräber für die sozialistischen Ideen zu interessieren.

Sollte aber auch in Großbritannien die Führerschaft die Bergarbeiterbewegung im konservativen Sinne beeinflusst haben, wie steht es jedoch in Frankreich und Belgien, wo die Bevölkerung von lebhafterem Temperament wie in England ist, wo eine revolutionäre Überlieferung die Arbeiteraktionen belebt, darum sich der „brennende“ Führer noch ungleich weniger Gehör verschaffen kann wie in den Ländern mit einer konservativer gerichteten Bevölkerung?

Gehen wir nach Frankreich! Dort bilden die stärksten Bergarbeiterverbände ebenfalls den äußersten rechten Flügel der französischen Gewerkschaftsföderation. Auf den diesjährig erfolgten Eintreten der Bergarbeiter in die unter anarchistischem Einfluß stehende Gewerkschaftsföderation gelunden die geistigten Sozialisten ihre Hoffnung, die Gewerkschaften wieder für die parlamentarische Aktion zu gewinnen. Die stärksten Bergarbeiterverbände, im Pas de Calais und im Bassin du Nord, haben bekanntlich am lebhaftesten den „Ministerialismus“, d. h. die Abschaffungen der aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Minister Millerand (nicht mehr Minister), Briand und Viviani unterstützen. Die Bergarbeiterführer und Abgeordneten Lamendin und Basly sind mit großen Majoritäten im Bergwerksbezirk wieder gewählt worden, haben also unstrittig die Massen hinter sich, obgleich beide Kameraden zu den „gemäßigten Sozialisten“ gehören. Also auch im Mutterland der Revolution, in Frankreich, bilden die Bergarbeiter das konservative Element in der Arbeiterbewegung. Gibt das nicht zu denken?

Nicht anders liegen die Dinge in Belgien. Auch hier stehen die Bergarbeiterverbände, wenn sie auch seit Jahrzehnten ihre Führer als sozialistische Abgeordnete in das Parlament entsenden, doch mehr oder weniger abseits in der Gesamtbewegung des belgischen Proletariats. Es ist eine alte Klage der belgischen Gewerkschaftszentrale, daß sie mit den Bergarbeiterverbänden zu wenig Führung bekommen, nicht einmal die notwendigsten statistischen Angaben erhält! Man befrage sich nur beim internationalen sozialistischen Sekretariat (Sitz Brüssel), wie mangelshaft es gerade von den belgischen Bergarbeitervereinen auf klügeren unterrichtet wird. Dabei sind die meisten Bergwerksbezirke schon seit vielen Jahren sozialistisch im Parlament vertreten.

Endlich verweise wir auf Österreich. Dort sind es vornehmlich noch die Bergarbeiter, in deren Reihen die im Grunde genommene reaktionäre Nationalität erhöhte starke Anzahl antritt! (Dass in Deutschland die Klerikale und „christlich-nationale“ Auseinanderorganisation der Arbeiter speziell in den Bergarbeiterbevölkerung auert und mit dem größten Bergsplitterfolg einsetzte, schon 1878, dann wieder 1890 und 1894, sei nebenbei auch in Erinnerung gerufen.) Es bedarf der ganzen Geschicklichkeit unserer österreichischen Freunde, um das leichtelohe Aufstossen des verlustreichen Nationalitätenhaders wenigstens innerhalb der Bergarbeiterunion zu verhindern. Erfuhren wir doch dieser Tage, daß wegen der Nationalitätenheide im böhmischen Kohlenrevier sogar eine Anzahl partizip. Streiks ausbrachen! Von keiner anderen Berufsgruppe ist gleiches bekannt geworden. Man braucht nur einer Generalversammlung der österreichischen Bergarbeiterunion beigemessen zu haben, dann weiß man schon, wie stark die österreichische Bergarbeiterbevölkerung noch reaktionären Einflüssen unterliegt. Dass die Führer unserer österreichischen Bruderverorganisation einen großen Teil ihrer Kraft darauf verwenden müssen, diesen rücksichtlichen Einflüssen entgegenzuwirken, daß unsere Kameraden sorgfältig Laien in müssen, um das Gewerkschaftsschiff unversehrt durch den Strudel des Nationalitätenhaders zu steuern, ist jeden Kenner österreichischer Gewerkschafts- und Parteiverhältnisse bekannt.

Wir sehen also in den genannten Industrieländern die Bergarbeitermassen mehr oder weniger auf der rechten Seite der Arbeiterbewegung stehen. Wäre das nur in einem Lande so, dann könnte man den „Führern“ die Schuld geben. Nur aber dieselben Erscheinungen in allen Bergbaustäaten aufzutreten, kann man mit der Formel: „Die Führer bremsen“, nicht auskommen. Kein vernünftiger Mensch wird sagen, es bestehe ein internationales Komplott der Führer zwecks Häschung des Massenwissens!. Welches wird jeder Kritiker der gewerkschaftlichen Bergarbeiterbewegung, sofern er Anspruch auf Sachkunde macht, die Ursachen der geschilderten Erscheinungen aus der Eigenart des Bergwerksindustrie, aus der hieraus resultierenden Eigenart des Bergarbeiters erklären. Das müssen vor allen Dingen diejenigen unserer Kritiker beherzigen, die nach der historisch-materialistischen Methode die letzten Ursachen des Geschehens nicht in den Köpfen der „Führer“ suchen. Wenn, wie wir sehen, dieselben Erscheinungen sich in der Bergarbeiterbewegung aller Länder zeigen, dann reicht die beliebte Behauptung, es läge „an den Führern“, nicht aus zur Erläuterung der Vorgänge.

Will man einmal von höheren Gesichtspunkten aus, unter völliger Ausscheidung von Personalfragen, die Bergarbeiterbewegung untersuchen und dann beurteilen, wie sind sicher, die Taktik des Bergarbeiterverbandes kommt seinen Kritikern garnicht absonderlich vor, sondern recht praktisch und nützlich für die gesamte Arbeiterbewegung! Den persönlichen Unzulängen der „Führer“ wäre damit ein Ende gemacht.

Knappschäftsliches.

In Nummer 42 und 45 der "Bergarbeiter-Zeitung" haben wir über die Zustände in der Wurmknappshaft berichtet. Die damals erwähnten Nebelstände haben die Kameraden des Bergarbeiterverbandes veranlaßt, eine Einigung an die Knappschäftsvertreter zu richten. Die Einigung macht darauf aufmerksam, daß nach § 48 Abs. 2 der Vereinssatzung den Unfallkrantern 26 Wochen das Krankengeld gezahlt werden muß und nicht, wie bisher nur 18 Wochen. Auch die Knappschäftsinvalidenpensionen den Unfallkranken auszuzahlen. Die Unfallkranter haben dadurch zunächst den Vorteil, daß sie bis zur Feststellung einer Unfallschuld durch die Knappschäftsberufsgenossenschaft von der 18. bis zur 26. Woche noch Krankengeld erhalten und nicht mehr monatelang, wie das bisher der Fall war, ohne jegliches Einkommen sind. Außerdem hat der Kranke auch noch den Vorteil, daß er außer bei vollen Unfallrente auch den Teil des Krankengeldes oder der Knappschäftsinvalidenpension erhält, der schon höher ist, als die Unfallrente. Diese Einigung wurde an den Wurmknappshaft- und Eschweiler Knappschäftsverein eingeschickt.

Eine weitere Einigung steht an den Vorstand des Wurmknappshaftsvereins die Aussage, was er zu tun gedenkt, um in Zukunft zu verhindern, daß kranke Knappschäftsmitglieder von einem Knappschäftsarzt auf die Straße geworfen werden mit dem dienten Krankenkassekontrolleur zur Ausübung seines Amtes den Auftrag gegeben habe, da die Vereinssatzung dahingehende Bestimmungen nicht enthält.

Die beiden Einigungen lauten:

"An den Vorstand der Wurmknappshaft zu Barbenberg.

Untertrag betreffs Handhabung
des Paragraphen 48 Absatz II

Die Unfallkranter erhalten noch Ablauf der 18. Woche kein Krankengeld und nach Ablauf der 26. Woche auch keine Knappschäftsinvalidenpension ausgezahlt, auch selbst dann nicht, wie mehrmals festgestellt werden konnte, wenn um diese Zeit seitens der Knappschäftsberufsgenossenschaft noch keine Unfallrente gezahlt wurde.

Diese Handhabung und Auslegung des § 48 der Vereinssatzung muß aber als eine unrechtmäßige betrachtet werden. Zur näheren Begrundung sei noch angeführt: Der § 48 Abs. II lautet:

Ist durch einen Betriebsunfall sowohl ein Anspruch nach dieser Satzung als auch ein Anspruch nach den Reichsgesetzen über Unfallversicherung begründet, so wird der Träger der Unfallversicherung zur Erfüllung für die saugewöhnlichen Leistungen der Krankenkassen und der Rentenklassen in der gesetzlich zulässigen Höhe in Anspruch genommen. Die Krankenkasse gewährt aber die saugewöhnlichen Leistungen nur insoweit, als eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

Die gesetzlichen Verpflichtungen der Knappschäftsklassen sind den Bestimmungen des § 171 b des preußischen Berggesetzes, sowie des § 74 des Krankentassengesetzes und des § 25 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes unterworfen, nach welchen unter anderem 26 Wochen Krankengeld ab zu zahlen sind. Zu dieser Beziehung einen Unterschied zu machen zwischen Unfall- und sonstigen Kranken, dazu dürfte wohl zu gerechte Bestimmung fehlen.

Der § 25 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes besagt:

„daß die Leistungen der Krankenkassen, wozu auch die Knappschäfts klassen gehören, durch die Leistungen der Knappschäftsberufsgenossenschaften keineswegs verhindert werden.“

Den Unfallkrantern ist demnach nicht wie bisher nur 18 Wochen, sondern 26 Wochen lang Krankengeld zu zahlen. Zahlt die Knappschäftsberufsgenossenschaft von der 18. Woche ab die Unfallrente, so kann diese Rente bis zur Hälfte für das für dieselbe Zeit gezahlte Krankengeld von der Knappschäftsklasse in Anspruch genommen werden.

Der Unfallkranter steht von der 18.-26. Woche das volle Krankengeld seitens der Knappschäftsklasse und die Hälfte der Unfallrente seitens der Knappschäftsberufsgenossenschaft zu. Auf seinen Fall hat die Knappschäftsklasse ein Recht, den Unfallkranter nach Ablauf von 18 Wochen kein Krankengeld und nach 26 Wochen keine Knappschäftsrente mehr auszuzahlen. In allen Fällen soll die Knappschäftsklasse so lange zahlen, wie es sich stellt, daß ein Betriebsunfall vorliegt und die Knappschäftsberufsgenossenschaft die Rente zahlt.

Die Untersuchungen und Feststellungen seitens der Knappschäftsberufsgenossenschaft, ob sie entzündungspflichtig ist, treten in der Regel erst nach der 18. Woche ein und dauern oft Monate. Wird der Anspruch auf eine Rente abgelehnt, sobald eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt werden muß, kann es ein Jahr und länger dauern, bevor festgestellt ist, ob die Knappschäftsberufsgenossenschaft Rente zu zahlen hat oder nicht. Es liegen genügend Fälle vor, daß Unfallkranter von der 18. Woche an monatweise Krankengeld noch Unfallrente bezogen. Dies sind aber unerträgliche Zustände.

Zahlt die Knappschäftsberufsgenossenschaft nach Ablauf von 26 Wochen noch keine Rente, dann hat die Knappschäftsklasse die Knappschäftsrente zu zahlen. Zahlt nachher die Berufsgenossenschaft für dieselbe Zeit keine Rente, dann hat die Knappschäftsklasse bis zur Hälfte der von ihr gezahlten Rente auf die Unfallrente Anspruch. Ist die Knappschäftsrente höher als die Hälfte der Unfallrente, so erhält der Unfallkranter den überschreitenden Betrag ausgeschüttet.

Die Unterzeichneten ersuchen den Vorstand, die Auslegung des § 48 Abs. II der Vereinssatzung einer gefälligen Beurteilung zu unterziehen und gültig zu veranlassen, daß dieser Paragraph in oben angeführtem Sinne gehandhabt wird.

Einer gefälligen Antwort entgegenhend, zeichnen mit aller Hochachtung,

(Unterschriften der Knappschäftsältesten.)"

"An den Vorstand der Wurmknappshaft in Barbenberg.

Gekrankte Mitglieder der Wurmknappshaft werden in letzter Zeit von einem — angeblich vom Vorstande — beauftragten Krankenkontrolleur aufgefischt. Unter den Mitgliedern ist vielfach die Meinung verbreitet, daß sie diesen Kontrolleur nicht anzuerkennen brauchen, indem der derselbe nicht durch die Generalversammlung angestellt worden sei. In dieser Beziehung erfolgten viele Anfragen an die Knappschäftsältesten, die diese aber nicht beantworten können, indem ihnen von einer Aufforderung eines Krankenkontrolleurs nichts bekannt ist.

Das Knappschäftsmitglied und Knappschäftsältester Josef Sülters zu Barbenheim wurde vor kurzem vom Knappschäftsarzt Dr. Bayer drei Wochen als krank behandelt. Nach Ablauf der drei Wochen erklärte Dr. Bayer dem Knappschäftsmitgliede:

„Er sei gesund und arbeitsfähig, er könne keine Krankheit an an ihm haben, überhaupt habe ihm nichts in den drei Wochen gefehlt.“

Auf Grund dieser Aufforderung forderte Sülters anderer Tages von Dr. Bayer den Gesundheitschein mit der Erklärung, daß er sich nicht zum Simulanten stampfen lasse.

Dr. Bayer erklärte dann dem Knappschäftsmitgliede Sülters, daß er nichts zu verlangen oder zu fordern habe, daß er höchstens zu bitten hätte, wobei Sülters von Dr. Bayer zur Tür hinausgeworfen wurde.

Diese Handlungswise eines Knappschäftsarztes ist nicht bloß schwarz befleidig für den Betriebsführer, sondern alle Knappschäftsmitglieder, soweit sie von der Sache Kenntnis erhalten, sind darüber sehr enttäuscht. Derartige Austritte eines Knappschäftsarztes sind keineswegs geeignet, das notwendige Vertrauen der Knappschäftsärzte bei den Knappschäftsmitgliedern zu fördern.

Doch Sülters kein Simulant und wirklich krank war, läßtste durch ein Gutachten von Dr. Debolt in Aachen bewiesen werden, der Sülters, nachdem er von Dr. Bayer hinausgeworfen war, behandelte.

Auf Grund der oben angeführten Tatsachen ersuchen wir den Vorstand der Wurmknappshaft um gefällige Auskunft und Mitteilung:

1. Ob seitens des Vorstandes der Wurmknappshaft ein Krankenkontrolleur angestellt wurde und welche Befugnisse denselben angestellt sind.

2. Auf Grund welcher Bestimmung der Vereinssatzungen die Aufforderung und Niederwerfung der in Betracht kommenden Befug-

3. Was der Vorstand zu tun gedenkt, daß derartige Austritte, wie der durch Dr. Bayer hervorgerufenen, für die Zukunft vermieden werden.

Einer gefälligen Antwort entgegenhend, zeichnen mit aller Hochachtung,

Die Knappschäftsältesten der Wurmknappshaft."

Die Kameraden im Aachener Kreis können aus diesen Eingaben erssehen, daß die Ältesten des Bergarbeiterverbandes auf ihrem Posten und auch stets bestrebt sind, die Interessen des Knappschäftsmitglieder zu vertreten. Dass die Ältesten des Bergarbeiterverbandes gezwungen

sind, die Eingaben zu machen, um den Vorstand auf die Bestimmungen des Status zu verweisen, dürfte beweisen, daß die heutige Verwaltung der Knappshaft um kein Volk besser ist, als die seithe, welche unter der Herrschaft des Vertreters der Werksbesitzer stand.

Kameraden im Aachener Bezirk, merkt euch das, sorgt für Besserung und Wohlhaltung der noch bleibend vorhandenen Missstände, indem ihr mitarbeitet für Erstärkung eurer Organisation, den Bergarbeiterverband der Bergarbeiter Deutschlands. Hierzu ein Glückauf!

Missstände auf den Gruben.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Zeche König Ludwig. Schacht I und II. Eine Unstille ist es hier, daß beim Schichtwechsel die zwei bis drei Schichtmeister des Mittagsschicht mit dem Schichtlasten zuerst von der Weite zur Tiefschicht und von da bis zum Tage fahren, wo sie die Schichtlasten von den Schichtmeistern der Morgenschicht in Empfang nehmen und damit wieder zur Tiefschicht fahren. Die Arbeiter beschweren, daß die Schichtlasten nicht leer sind, sondern Sprengstoffe enthalten, wodurch doch leicht ein schweres Unglück herbeigeschafft werden könnte. Hoffentlich wird die Geschäftsführde einmal nach dem Richten. Auch dienen die Kampen besser in Erdnung gehalten werden und die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten könnte auch etwas humaneres sein.

Zeche Königsworther. Am 31. November verunglimpft auf obiger Zeche durch Stellnitz aus dem Hängenden der Hafer Josef Stoll tödlich. Daß sich ist das auf beide Königsworther nichts Bergewöhnlisches, die Freiheit der Arbeiter bringt es mit sich. Einige Tage vor dem Unglücksfall kam Steiger Buddo und wollte die an der Unglücksstelle arbeitenden Leute mit einer harten Schicht bestrafen, wegen nicht genügender Leistung. Und da wundert man sich, wenn sich die Unfälle bis ins Ungemessene steigern!

Müllerhöfe. Um die Zuglück in der Washalze zu befreiten, wurde durch Anregung an dieser Stelle ein sogenanntes Windhäuser erreicht. Es soll aber auch dafür gesorgt werden, daß die Türen desselben immer in Erdnung und nicht, wie das kürzlich noch der Fall war, defekt sind, sonst hat die ganze Einrichtung keinen Zweck. Die Temperatur des Badewassers scheint sehr oft von der Jahreszeit abzuhängen; was im Sommer so warm war, ist jetzt so kalt. Über jedenfalls ist es nicht angenehm. Der Weg von der Washalze nach dem Schachte ist sehr oft mit Waggons zugestellt, so daß die Belegschaft oft nur drunter her oder darüber passieren kann. Daß da Unfälle nicht ausgeschlossen sind, liegt auf der Hand. Es sind dies alle Sachen, die mit wenig Mühe und Arbeit abgeändert werden könnten. Deshalb hoffen wir, daß die Verwaltung Rücksicht schlägt.

Zeche Nordstern III. Eigenartig ist es, daß hier trotz Feierstichen und Nebelstichen verfahren werden. So wurde am 31. Oktober eine Feiersticht wegen Mangel an Abzug eingelebt; bei verschiedenen Steigern aber konnten die Arbeiter an den Betriebspunkten, wo viele Kohlen geliefert werden konnten, diese Feiersticht wieder durch eine Nebelsticht heraustragen. So wird die Geduld der Arbeiter in der Schlammstube weitaus verschwendet.

Zeche Anna. Die Lohnreduzierungen werden jetzt mit Forsche auch auf obiger Zeche betrieben. So ist im März Vollverein 3 das Gedinge um 10 Pf. pro Wagen herabgesetzt worden. Das Metergeld vor dem Ortsbetrieb wurde vor kurzem von 12 auf 8 Mt. reduziert. Auch in Vorrichtungsarbeiten, Brenzberge ausbauen, ist das Metergeld von 80 auf 20 Mt. herabgesetzt. Nachträglich, als man eingesehen hatte, daß doch zu viel abgebrochen worden war, hat man wieder 5 Mt. zugelegt. Auch wird viel gestagt über den neuen Betriebsföhrer Netter Rettbusch. Vor Arbeitsstellen, wo sich die Arbeitsverhältnisse verschlechtert haben, die Abzugsverhältnisse ungünstiger geworden sind, liefern die Arbeiter dem Betriebsföhrer nie genügend Kohlen. Sagt der Arbeiter etwas, dann meint er, mehr Kohlen mit den Bahnen losmachen zu können, wie der Hafer mit der Hufe. Wir wünschen ihm, falls er dieses Kunststück probieren sollte, selbstverständlich guten Erfolg. Auch sonst werden noch Alagen laufen. So ist im nördlichen Hauptquerschlag nach März Präsident ein Bruch entstanden. Dieser Bruch kam nun auch oben genauer unter Herr nach dort. Natürlich waren die ausgebauenden des Querschlags tätigen Leute in den Augen des Betriebsföhrers schuld an dem Bruch. In den Leuten liegt es aber nicht, sondern eher an der Verwaltung. Warum wurde dieser Querschlag denn nicht schon längst ausgebaut? Dann wäre, das steht fest, dieser Bruch nicht entstanden.

Zeche Bergmann. Die Lohnzusage werden jetzt durch Aufschlag vorher bekannt gemacht, sondern finden in der Regel am 25. und wenn dieser auf einen Sonntag fällt, am 24. statt. Am letzten Sonntag, Sonntag den 24. Oktober, machte man aber hieron eine Ausnahme, und als die Arbeiter schon beladen eine Stunde gewartet hatten, jingt ihnen der Betriebsföhrer, daß erst Montags ausgezahlt würde. Montags wurde aber eine Feiersticht eingelebt, sodass die Arbeiter das Vergnügen hatten, den Weg zur Zeche extra zu machen, um ihr Geld zu holen. Der Fahrstrecke befindet sich auch nicht in bestem Zustande. Auch die Fahrstrecken sind vielfach schlecht und so niedrig, daß die Arbeiter kaum durchqueren können. Die Höhe sind sehr niedrig und es ist nichts selten, daß Hafer mit 2,50 bis 4 Mt. nach Hause gehen müssen. Fast jeden Montag wird wegen Mangel an Abzug gefeiert, dabei kostet aber ein Teil der Belegschaft arbeiten. Die Washalze ist sehr schmutzig und reicht sich den übrigen Verhältnissen würdig an.

Zeche Ewald. Schacht I und II. Auch auf diesem „Musterpunkt“ macht sich die Krise stark bemerkbar. Fast jede Woche wird eine Schicht gefeiert und das Gedinge überall reduziert, sodass die Löhne immer niedriger sinken. Vielen Leuten, die lebenslängige Schicht halten, wurde dieseslebe in achtstündige umgewandelt — angeblich, weil die Temperatur besser geworden sein soll. Jedoch zeigen die Thermometer doch immer weit über 28 Grad; natürlich nicht die Thermometer der Beamten, denn die bekommt man meistens nicht zu gesehen. Fast nirgends werden sodass Wagen ausgezahlt und die Leute wegen Minderlohn bestraft wie hier. Die Steiger und besonders der Betriebsföhrer verlangen einfach, daß die Abholwagen beim Laden einfach mit größeren Kohlenstücke beladen werden sollen. Geschickt dieses nicht, so wird man unverzüglich bestraft. Unerhört, sagt so mancher brave Kamerad, wenn er die vielen gut geladenen Abholwagen betrachtet, die wegen Minderlohn ausgezahlt sind. Selbst verschiedene Steiger sagen, daß falls die Wagen ungeeignet sind die Kohlen wieder eingeladen würden, sie kann hineingeben. Wenn man doch so unersättlich ist, so sezt man doch den Wagen Stecklagen auf, wie auf Zeche Pluto, dann brauchen die Kameraden die viele Zeit vergeuden mit dem Warenaufsehen. Man erlaubt den Leuten mit dem Rad nach der Zeche zu kommen, genügt auch den Augen davon; aber sorgt nicht für Schutz dieser Gegenstände. Beleidigt man sich beim Betriebsföhrer, daß einem das Rad oder die Lampe weggekommen ist, so gibt er barsch zur Antwort: „Wenn Ihnen die Lippe aus dem Stall gestohlen wird, ist der Haussbesitzer nicht verantwortlich dafür.“ Die Bestrafungen erfolgen fast ohne Rücksicht, jeden Tag sind die Schalterstufen der Steigerstube fast ganz mit Strafzetteln belebt.

Zeche Ewald, Schacht III und IV. Das Strafgesetz macht sich die Krise stark bemerkbar. Fast jede Woche wird eine Schicht gefeiert und das Gedinge überall reduziert, sodass die Löhne immer niedriger sinken. Vielen Leuten, die lebenslängige Schicht halten, wurde dieseslebe in achtstündige umgewandelt — angeblich, weil die Temperatur besser geworden sein soll. Jedoch zeigen die Thermometer doch immer weit über 28 Grad; natürlich nicht die Thermometer der Beamten, denn die bekommt man meistens nicht zu gesehen. Fast nirgends werden geschahen gehandhabt werden müssen. Ein Betriebsföhrer ob der Verantwortung nicht hat. Die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten lässt ebenfalls viel zu wünschen übrig. In letzter Zeit sind während der Washalzeförderung die Schleppereien an der Förderstrecke wiederholt losgegangen und in den Stumpf gefallen. Wie ist das möglich, wenn alles, wie immer behauptet wird, in better Erdnung ist?

Recklinghausen-Süd. Mit Grund von § 11 des Reichsgesetzes erinnern wir Sie, zu Ihrem Artikel „Zeche König Ludwig (Schacht IV/V)“ in Nr. 41 dieses Blattes folgende Berichtigung in die nächste Zeitungsnr. aufnehmen. Die in Ihrem Artikel vom 10. Oktober 1908 sind hier nicht weniger als 550 Mt. an Strafgeldern vereinnahmt worden; eine riesige Summe, die den armen Bergleuten vom Lohn und damit ihnen und ihren Familien vom Munde abgezogen wurde. Diese Summe zeigt aber auch wie willkürliche und rigoros das Strafgesetz gehandhabt werden muss. Ein Betriebsföhrer ob der Verantwortung nicht hat der Bergarbeiter nicht. Die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten lässt ebenfalls viel zu wünschen übrig. In letzter Zeit sind während der Washalzeförderung die Schleppereien an der Förderstrecke wiederholt losgegangen und in den Stumpf gefallen. Es ist unmöglich, daß nach dem zweiten Unfall am 18. August keine neue Säge eingehauzt worden ist. Trotzdem an den Sägeblättern durch Sachverständige kleinste Mängel entdeckt werden konnten, sind — vorsichtshalber — die Sägeblätter von beiden Unfällen abgelegt worden und werden nicht mehr benötigt. Es ist unmöglich, daß nichts geschehen ist, derartige Unfälle zu verhindern. Trotzdem an der Säge kleinste Fehler festgestellt werden konnten und alle vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen vorhanden waren, ist sofort nach dem ersten Unfall, dessen Ursachen nicht aufgedklärt werden konnten, verucht worden, noch sicherer mißende Sicherheitsvorrichtungen anzubringen. Diese wurden zunächst an einer anderen Säge ausprobiert und, als sie sich bewährten, sofort für alle Sägen in Ausführung gewonnen. Bei Eintritt des zweiten Unfalls, 27. Dezember nach dem ersten, waren diese verbesserten Einrichtungen an der Rohrsäge eingehend geprüft und dauernd in Betrieb genommen. Die Einrichtung für die Unfallschutz war fertiggestellt. Nach dem zweiten Unfall sind die Sägen erst nach Ausrüstung mit den verbesserten Sicherheitsvorrichtungen wieder in Betrieb genommen worden. Gemeinschaft König Ludwig-Klemensius, 2. Aufschliff. — Unser Platz umfasst 10 Zeilen und darauf antwortet die Belehrungswaltung mit diesen langen Sätzen, der aber an unserer Stütze, daß wenn alles in Erdnung war, die Unfälle sich nicht ereignen könnten, nichts zu ändern vermag.

Zeche Rhein-Erbe, Schacht I und II. Auf diesen beiden Schächten wurde am 9. November wegen Mangel an Abzug gefeiert. Es fahren über doch Leute an, die Kohlen loslassen. Wenn Arbeiten verrichtet werden (Reparatur), die in der Fördersticht nicht gemacht werden können, so kann man nichts dagegen haben, aber Kohlen hauen und Feiern wegen Mangel an Abzug, das verträgt sich nicht. Am 7. Nov. wurde die Kohlenförderung des Abends um 20 Minuten verlängert und die Seilschaft begann jetzt, als sämtliche Kohlen abgesetzt werden konnten, und — vorsichtshalber — die Sägeblätter von beiden Unfällen abgelegt worden. Es ist unmöglich, daß nichts geschehen ist. Trotzdem an der Säge kleinste Fehler festgestellt werden konnten und alle vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen vorhanden waren, ist sofort nach dem ersten Unfall, dessen Ursachen nicht aufgedklärt werden konnten, verucht worden, noch sicherer mißende Sicherheitsvorrichtungen anzubringen. Diese wurden zunächst an einer anderen Säge ausprobiert und, als sie sich bewährten, sofort für alle Sägen in Ausführung gewonnen. Bei Eintritt des zweiten Unfalls, 27. Dezember nach dem ersten, waren diese verbesserten Einrichtungen an der Rohrsäge eingehend geprüft und dauernd in Betrieb genommen. Die Einrichtung für die Unfallschutz war fertiggestellt. Nach dem zweiten Unfall sind die Sägen erst nach Ausrüstung mit den verbesserten Sicherheitsvorrichtungen wieder in Betrieb genommen worden. Gemeinschaft König Ludwig-Klemensius, 2. Aufschliff. — Unser Platz umfasst 10 Zeilen und darauf antwortet die Belehrungswaltung mit diesen langen Sätzen, der aber an unserer Stütze, daß wenn alles in Erdnung war, die Unfälle sich nicht ereignen könnten, nichts zu ändern vermag.

Zeche Schnecko, Schacht I und II. Wünschenswert wäre, wenn das Strafgesetz hier etwas weniger scharf angewandt, dafür sich die Arbeiter nicht zu Krüppel daran zu schinden brauchen.

Zeche Schnabel ins Osten. Wie die Grubenverwaltungen bemüht sind und welche Mittel angewandt werden, die Gegenseite zwischen Arbeitern und Beamten sinnlich zu verschärfen, zeigt folgender Fall. Der Obersteiger D. der obigen Zeche kam kürzlich zu Arbeitern in eine Arbeit und fragte sie, ob sie immer genügend leere Wagen hätten, daß er immer so lange sei ihm von einem Schiebern mitgeteilt werden, daß er immer so lange sei ihm von einem Schiebern mitgeteilt werden, daß er immer so lange sei ihm von einem

särfen! Oh eine solche Handlungsweise korrekt ist, sieht auf einem anderen Blatte.

Reiche Wölfe. Vom Anschlag vom 20. September 1908 werden jetzt den Bergbaufirmigledern die Nummernkarte mit 2 Pf. pro Stück angehoben. Ob die Verwaltung, die die letzten Jahre die Minne gratis lieferte, im Rechte ist, ist eine andere Sache. Die Arbeiter können ganz gut ohne Nummernkarte auskommen, wenn ihnen nur die Wagen vor der Arbeit durch Kontrolle eingetragen würden, welches auch dazu führen würde, dass niemand mehr wegen Mindermaß bestraft würde. Hieraus ist ersichtlich, dass nicht die Arbeiter, sondern die Verwaltung, um eine leichtere und billigere Kontrolle zu haben, die Nummernkarte nötig hat. Ganz kommt noch, dass die Pferde in der Pferdestrecke die Nummernkarte mit dem Maul von Wagen herunterreissen, ohne die anderen, welche durch Verunstaltungen der Wagen oder oben am Tüge im Aufbewahrungsbetrieb, welches seit oben am Schacht steht, sodass jeder damit machen kann, was ihm beliebt, verloren gehen. Derer steht oben am Tage ein Abo, wo man sich selbst auf Würmen untersuchen kann. Der Rat ist nämlich fast immer so hoch, dass man sterben muss, sich zu beschaffen. Amn. Hohn besagt auch noch ein Aushang: "Die Verunreinigung des Abwes ist verboten. Die Verwaltung". Die Waschklause ist auch viel zu klein. Ein Bild ist es, wenn man nach dem Waschen ohne beschmutzt zu werden, wieder in seine Kapuzelkoffer schlippen kann. Um Leuhage können die kleinen Leute der Morgen nicht bis 8 Uhr auf den Bergschlag im Freien stehen und warten, bis sie an der Kasse sind ihr Geld in Empfang zu nehmen. Diesem ist leicht abzuholzen, wenn die Verwaltung nur für die Zeit von 2 Uhr ab, bis die Morgensicht fort ist, zwei Personen zum Auszählen anstellt. Auf der achten Sohle ist das Allerlett sehr schlecht. Die Steigsteine, mit denen es ausgebaut ist, sind durchgeholt. Einige eiserner Bogen mit Verzierung sind darunter gelegt worden, dann wurde darüber gefüllt und dadurch die schlechten Stellen weniger sichtbar gemacht. Am südlichen Querschlag, kurz vor dem Pferdestall, wo auch mit Ziegelsteinen ausgebaut ist, ist das Felsen schon verschieden Mal durchgeschlagen. Der Betriebsführer ist schon über deiner hergegangen; ob er noch nichts gesehen hat? In dem Werkjahre, seit dieser Zeit besteht schon der Missstand, hätte ihn doch wohl einer von den höheren Beamten sehen können. Was macht denn der von der Verwaltung eingesetzte Nacharbeiterausschuss? Er hat bis jetzt noch nichts von sich hören lassen. Das Nacharbeiterausschuss ist hier auch noch stark in Aktion. Von den Verbandsmitgliedern verlangen wir wenigstens, dass sie diese so viel wie möglich meiden und nicht den Agitation eingesetzen, sondern den unorganisierten Kameraden ein gutes Beispiel geben, welches immer noch die beste Agitation ist.

Reiche Jollverein. Schacht I und II. Eine förmliche Jagd nach Kohlen veranstaltet am letzten v. M. der Mittagsteiger des Reviers. Denn er lief in einer halben Stunde durch sämtliche Betriebe und verhalf 11 Mann zu je 1 Mt. Strafe, wegen angeblich zu später Aufnahme der Arbeit. Bestraft wird überhaupt sehr hoch, ist es doch vorgesehen, dass Arbeiter in einem Monat bis zu 28 Mt. Strafe vom Lohn abgehalten würden. Die Pünktlichkeit bei der Seifahrt lässt auch zu wünschen übrig, wodurch den Arbeitern die Schichtzeit über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus verlängert wird. Über die Umgangsformen des Betriebsführers vom Schacht IV wird auch sehr geklagt. Wie uns berichtet wird, soll er sogar einem Arbeiter, der ihn um Verlegung seiner Schicht bat, gesagt haben, leiden sie mich im... Als der Arbeiter in gleicher Weise antwortete, sprang er erregt auf, berührte sich aber wieder, als der Arbeiter, der ein Seil in den Hahn hielt, eine drohende Haltung einzunehmen. Wir wissen nicht, wie weit letztere Meldung zutrifft, geben sie daher mit allem Vorbehalt wieder. Wir erwarten aber, dass die Bergbehörde die Sache untersucht. Eine große Unruhe ist es auch, dass man die Herde beim Schichtwechsel am Schacht über die Eisenplatten jagt. Wie leicht kann ein Tier hierbei stürzen und Arbeiter verletzen.

Reiche Jollverein. Schacht IV und V. Im Bremsberg, im Flöz 16, wo die Kohlen von Flöz 15 herunter müssen, läuft der Bremsföhrer so schlecht, dass der Arbeiter sich in den Bremsberg begeben und ihn am Seil herunterdrücken müssen. Häufig muss auch der Bremsföhrer ziehen und drücken lassen, wobei er den Bremshebel selbstverständlich vorher festlegen und dann in den Berg klettern muss. Ist der Bergbehörde dieses bekannt? Die Verbundungsstrecke von Flöz 15 nach 16 ist sehr schlecht in Ordnung, die Stein hängen teilweise auf den Rohren. Auch die Strecke auf Ort 2 ist reparaturbedürftig, ebenfalls der Fahrstiehhau im Flöz 16 am Mittelsohle. Den Steiger ist es, wie es scheint, in der Haupthalle nur um Kohlen zu tun. Leuten, die ihm nicht angenehm sind, gibt er den Rat, möglichst bald von Reiche Jollverein zu verabschieden.

Reiche Jollverein II. Mit der Pünktlichkeit bei der Seifahrt wird es doch hier nicht so genau genommen. Ist es doch vorgesehen, dass Arbeiter die morgens mit dem zweiten Stock einführen, erst um 2½ Uhr mittags herauskommen. Das ist keine 8½, sondern 9-stündige Schicht. Die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten lässt auch zu wünschen übrig und das schwärze Brett ist für die vielen Strafzettel fast zu klein. Besonders wird über Fahrsteiger M. viel geklagt. Im Revier des Steigers P. werden jetzt die Pfeile jugeschaut, wodurch die Arbeiter infolge der Risse sehr beschädigt werden. Sie müssen an P. den Stapel der ersten südlichen Platte als Fahrweg benutzen, wo es sehr stark regnet. Besinden sich die Kumpels aber einmal auf den Boden, während das Schlammen beginnt und die Nohre lassen das Wasser nicht, da gibt es förmliche Sturzbäder. Hier ließe sich doch leicht Abhilfe schaffen.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe.

Grube Wachtberg I. Ganz eigenartig berührt es einen, wenn man sich die schwere Schuhsterei in den Braunkohlengruben im allgemeinen und auf der anderen Seite das Entgegenkommen des Unternehmers gegen die bedrückten Arbeiter ansieht. Wenn man sich die Mannschaftsbude der Firma Scheffler & Schuster betrachtet, findet man die Missachtung der Unternehmer den Arbeitern gegenüber glänzend illustriert. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Firma ihren Viehbestand nicht in einer solchen Breiterbude unterbringen. Besonders bei der jetzigen Jahreszeit pfeift an allen Ecken und Kanten der scharf Wind hinein. Dabei liegt noch nicht einmal ein Fußboden in der selben, sogar die Fensterläden sind mit Brettern zugemagert, sodass nicht einmal Licht hineindringen kann. Tische und Stühle sind den Herren auch wohl als Luxusmöbel vorzukommen. Besicht man sich aber die nebenan stehende Meisterbude, so bekommt man gleich ein anderes Bild, hier ist aber alles in bester Ordnung. Wir sind der Meinung, dass es der Firma Scheffler & Schuster nicht all zu große Kosten machen würde, auch für ihre Arbeiter einen menschenwürdigen Aufenthaltsraum herzustellen.

Königreich Sachsen.

Bräunbergshacht III (Zwickau). Vor Ort Nr. 3, fünftes Flöz sind hier recht idyllische Zustände für unsere Kameraden eingetreten. Auf der Förderstrecke ist kein Förderwagen durchzubringen. Drei Mann sind dazu notwendig, um den Kohlemassen durch die baufällige Strecke durchzutragen, und dabei im Gedinge, sodass man bei all dieser Schwere keinen auskömmlichen Lohn verdienen kann. Ein Gewinn über den festgelegten Schichtlohn von höchstens 3,10 Mt. konnte im Monat Oktober nicht erzielt werden. Nun gehen von diesem Schichtlohn noch die Abzüge für Öl und Fassenbeiträge ab, sodass ein reiner Lohn von 2,80 Mt. übrig bleibt. Auftakt dass nun der Obersteiger, wenn er es nicht für richtig hält, diese baufällige Strecke umzutauen, den Leuten das Gedinge keine Leid bringt, überlässt es sie noch mit Schimpftreden. Haben die Leute nichts verdient, sind sie eben Fauziger nach Ansicht des Herrn Obersteigers. Wir sind der Meinung, was, wenn sich die Arbeiter an den Herrn Betriebsleiter wenden, kein Wandel geschaffen wird, denn dieser einigermaßen rechtlich denkende Mensch muss doch begreifen, dass es nur die Schuld des Obersteigers ist, wenn unter solchen Zuständen, wie diesen geschah, der Arbeiter nichts verdienen kann. Wieviel Zeit geht mindestens dabei verloren, bis ein Förderwagen durch so eine zusammengekrümpte Strecke geschunden ist, die mitberechnet und bezahlt wird. Herzlich ist das Bergmannsleben!

Grube Graf Moltke. Eine interessante Lohnzahlung ging hier am 9. November vor sich. In unserer Zeitung ist schon des östern daran hingewiesen worden, dass an Lohntagen seit Jahresfrist regelmäßig kein Geld vorhanden ist. Nicht selten kommt es vor, dass die Bergbaufirma einen Wochen- und mehr Lohn stechen hat, trotzdem wöchentliche Zahlung besteht. Mehrere Beschwerden waren deshalb seitens unseres Bezirksleiters an die Bergbehörden erhoben worden. Der Erfolg aber war gleich Null. Anders kam es diesmal. Die Bergbaufirma, soweit sie in der Versammlung gegenwärtig war, erklärte unserm Bezirksleiter Wolf, dass aus dem Bergbaufördergericht Klage aus rückständigen Lohn eingereicht für den 9. November war. Bergleiterstrafe stand anberaumt im Bergbauamt. Direktor Wolf sträubte sich nicht nur dagegen, unserm Bezirksleiter Wolf die Verhandlung zuzulassen, sondern er verlachte während der Zahlung den Kameraden Wolf hinausdrängen. Wir können unserm Freunde Wolf nur raten, in Zukunft für regelrechte Lohnzahlung Sorge zu tragen, dann hat er möglicherweise zu fürchten, dass der Bergarbeiterverband sich die Bergbaufördergericht Klage vorbehält. Denn so gut wie am 9. November

Geld bereit war, und zwar infolge der eingerichteten Klage, ist es auch möglich, jederzeit am Lohnstag die Bergbaufördergericht zu befreidigen und nicht mit Abholzungen am 8 bis 5 Mt. abzuzahlen. Wie die gesetzlichen Bestimmungen übergegangen werden, zeigt der Umstand, dass die Kantinenbewohner mit Blechkarren geladen werden. Dass sie erhalten dieselben in der Kantine Kreidt. Kann man sich ein verworfenes Drucksystem denken? Dann verlacht Direktor Wolf den blödsinnigen Lohnstag aus der Welt zu schaffen. Er meint, die Bergbaufördergericht wäre damit einverstanden, das nach Verleihen, wie Geld vorhanden wäre, gezaubert würde. Dieses wurde als ungültig zurückgewiesen. Die größte Sorge machte Direktor Wolf die unserm Bezirksleiter erteilte Vollmacht. Jeden polnischen Kameraden umgarnte er mit Schnellketten, oft unterbrach er die Ausszählung der Löhne, indem er die Entwicklung mittelte, dieser könnte wiederum seinen Namen nicht schreiben. Wir sehen, der Androhung mit der Staatsanwaltschaft ruhig entgegen. Wenn es Wolf nicht gefällt, dass der Vorsitzende des Bergbaufördergerichts die Löhne der Bergbaufördergericht selbst übermittelt und seinem Unterricht, unserm Bezirksleiter zurückzuweisen, vom Professor Dr. Weigelt nicht hinzugegeben wurde, dieser sich im Gegenteil der Arbeiter warm annimmt, so soll er dafür sorgen, dass die Lohnzahlung in Zukunft plakativer erfolgt, dann bleiben ihm solche gewiss nicht angenehme Dinge erspart.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Fischgrube (9. Abteilung). Stets beim Gebingmachnen brüsten sich die Steiger, dass sie es genau verstehen, was die Arbeit wert sei, und dass sie nach deren Beurteilung das Gedinge festsetzen. Da sollte man doch meinen, dass die Arbeitenden nach diesem Gedinge verdienten Lohn auch prompt ausgezahlt erhalten, aber wer das glaubt, irrt sich sehr. In Fällen, wo die Arbeiter etwas mehr verdient haben, als es dem Steiger angemessen ist, regelt er am Ende des Monats die Abförderverhältnisse bei der Gabe nach rückwärts, sodass der Arbeiter am Lohnzähler nicht wenig erschrickt, wenn er sieht und hört, dass sein Schichtlohn um 20-30 Pf. und mehr niedriger geworden ist, als er verdient hatte. Diese Benachteiligung wird auf verschiedene Art getrieben, entweder wird die vereinbarte Ausszählung für die britischen Arbeiten nicht ausgehalten, oder es wird erst in den letzten acht Tagen des Monats das Gedinge rebzügert. Weiter kommt auch vor, dass halbe Schichten, welche in Reparaturen gemacht worden sind, mit im Altkreditlohn verrechnet werden, und zwar so, dass der Arbeiter nichts dafür erhält. Diese und ähnliche Mittel werden zur ungestoppten Ausschüttung des Arbeiters angewendet, solange nicht durch einen starken Verband diesem Unzug ein Ende bereitet wird.

Süddeutschland und Reichslande.

Aus der Oberpfalz (Bayern). „Ja, sagen Sie Ihrem Manne, er soll von dem schädlischen Verbande weggehen, dann kann er jeden Tag wieder anfangen“, so sprach vor kurzem ein Betriebsleiter in einem Braunkohlenwerk, ein Zeichen, wie hoch er den Verband einschätzt und fürchtet. Das der Betriebsleiter keine Ahnung von Koalitionsrechten hat, ist begreiflich, statmmt er doch aus einem Lande, wo man es bis jetzt gewohnt ist, den Arbeitern statt Brot, Steine zu geben. Wir möchten aber doch auch diesen Herren ebenso die anderen, darauf aufmerksam machen, den Bogen nicht zu überspannen. Es könnte wieder eine Zeit kommen, wo die gegen die Arbeiter geübte rücksichtlose Willkür sich schwer rächen könnte. Betriebsleiter S. hat ja selbst schon angegeben, binnen Jahresfrist könnte ihm die Organisation schwere Unannehmlichkeiten bereiten. Warum aber befürchtet man das Unheil förmlich heraus, warum werden die Arbeiter in dieser provokatorischen Weise herausgeführt? Soll das vielleicht verschwinden? Warum kann da den Pascha nicht heraus, wenn man Arbeiter nicht hat? Wollen diese Herren Frieden haben, auch für die nächsten Jahre, müssen sie schon andere Wege wandeln und ihr herausforderndes Verhalten etwas mäßigen. Ein weitsichtiger Beamter muss begreifen lernen, dass auch Hunger und Entbehrung einen überzeugten Arbeiter nicht mehr von seiner Bahn abringen, ihn im Gegenteil zu Schritten drängen müssen, die für die Herren nicht gerade angenehm sind.

Grube Karl Ferdinand (Elsum, Thüringen). Eine sehr gut besuchte Versammlung der Grube Karl Ferdinand fand am 31. Oktober in Groß-Hettlingen statt. Nach einem einleitend u. Referate des Kameraden Wipmann wurde eine Revolution angenommen, nach welcher der Arbeiterausschuss aufzufordert wurde, folgende Wünsche der Bergbaufördergericht vorzubringen: Der Preis des Pulsvers (Petrolaste) das hier mit 80 Pf. pro Kilo bezahlt werden muss, soll wie auf anderen Erzgruben für 50 Pf. abgegeben werden. Ebenso ist das Garde billiger abzugeben, da es auf Karl Ferdinand um 8 Pf. pro Kilo teurer zu stehen kommt, wie sonst üblich. Freilen, die hier die große 1 Mt., die kleine 80 Pf. sind, sind zu einem angemessenen Preise abzugeben. Die Gedrängelabzulierung, die in letzter Zeit stattfand, ist zurückzunehmen, hat man doch bei Unterlagen die Hälfte, bei Kappen 1 Mt. abgebrochen. Das Wartehaus an der Bahn ist so einzurichten, dass es auch wirklich bei schlechter Witterung Schutz bietet. Das Gewicht, welches die automatische Wage angibt, ist den Kameraden dadurch bekannt zu geben, dass man ihnen gleich das Bonz abhandigt, auf welchen durch den Automat das Gewicht bemerklt. Lohnbücher, schon ein alter Brauch der hiesigen Bergarbeiter, sind statt der Lohnzettel einzuführen. Man darf darauf hoffen, inzwischen die Verwaltung der Bergbaufördergericht entgegenkommt, hoffentlich heißt es nicht auch diesmal: „Fest steht nicht“, denn auch die Geduld der Bergbaufördergericht der Grube Karl Ferdinand könnte sonst einmal reißen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

318 Arbeiter gefündigt.

Am 15. November hat die Reiche Rheinpreußen, und zwar auf Schacht I 208, auf Schacht IV 56, und auf den übrigen Schächten zusammen 54 Mann gefündigt. Taufende Arbeiter hat man in der günstigen Zeit unter glänzenden Verprechungen aus aller Herren Länder zusammengeholzt, um sie jetzt rücksichtslos aufs Straßenpflaster zu werfen und ihrem Schicksal zu überlassen.

Bergarbeiterprämien.

Das ist die neueste Errungenschaft, womit die Kumpels von den Grubenherren beglückt werden. Es ist nicht genug, dass der Arbeiter im Knochen für einen Hammerlohn zu Markte trägt und sich zum Arbeitgeber degradieren lässt, nein, auch sein Familieneben soll zerstört werden durch Kostgängerweisen, so will es der dreimal geheiligte Profit. Wie viele Familien sind nicht schon durch das leidige Kostgängerunwesen zerstört worden, aber danach fragt der Gletscher nicht. Wer in die Reichenkolonien - Wohlfahrtsseinrichtungen genannt - eingiebt, soll Kostgänger halten, damit der Zweck dieser Wohlfahrtsseinrichtungen, dem Unternehmer möglichst viele fleißige Hände zu geringem Lohn liefern und dadurch seinen Profit zu häufen, möglichst rationell erfüllt wird. Profit, Profit, und wieder Profit, das ist die Lösung. Der dreimal geheiligte Profit soll steigen, ob der Weg auch über Blut und Leichen, über das Glück und den Frieden tausender Menschen hinwegführt. Dem „glorreichen“ Beispiel vieler anderer Zeiten, den Einwohnern ihrer Kolonien Prämien für das Halten von Kostgängern zu zahlen, ist jetzt auch die Reiche Friedlicher Nachbar (Stimmeschule) gefolgt, wie nachstehend fotografierte Schreiben an einen Bergarbeiter, der schriftlich um Arbeit angefragt hatte, beweist:

„Reiche Friedlicher Nachbar (bei Linden-Ruhr), 3. Nov. 1908.

Herrn R. in Dortmund.

Als Antwort auf Ihr Schreiben vom 31. Oktober 1908 teilen wir Ihnen mit, dass Ihre Anlegung, als Hauer hier selbst vom 1. Januar 1909 evtl. auch früher erfolgen kann, Ihnen Sie im Besitz ordnungsmässiger Papiere sind. Die Löhne auf hiesiger Zeche sind dieselben, wie auf den übrigen Zechen des Bezirks.

Die Wohnung, welche am 1. Januar 1909 bezogen werden kann, besteht aus vier Zimmern, zwei Kesseln und Boden, außerdem gehört ein Bierstall des zum Hause gehörigen Gartens, sowie ein Stall dazu.

Der Mietpreis beträgt 182,- Mark für ein Jahr; denselbe ermäßigt sich:

auf 180 Mt., wenn Mieter einen Kostgänger hält,

168 " " drei "

156 " " vier "

144 " " "

Die Kolonie liegt in der Nähe der Zeche und wäre es zu empfehlen, dass Sie Ihre Möbel, wenn angängig, per Wagon zum Zechenhäuschen schicken; wie würden Ihnen dann beim Entladen und Transportieren derselben behilflich sein. Für Reise- und Umzugskosten leisten wir keinen Büschung.

Sie wollen sich binnen acht Tagen entscheiden, ob Sie unter den gestellten Bedingungen die Arbeit aufnehmen, eventuell ob und wann Sie eine Wohnung beziehen wollen, andernfalls sind sämtliche Abmachungen ungültig.

Wir haben hier steile Vagerung.

Achtungsvoll!

E. Feiken bittigge, Betriebsführer. Für das Halten eines Kostgängers werden nach diesem Schreiben 12 für zwei 24, für drei 36 und für vier 48 Mt. Prämien gezahlt. Wielich eine praktische Methode, die auch verdient hätte, prämiert zu werden. Und da wollen die Bergarbeiter den Wohlträger ihrer Wohlträger, der Grubenherren, immer noch nicht anerkennen. Welch ein undankbares Volk sind doch diese Bergarbeiter!

Much eine Berichtigung.

Alle Welt scheint von einer wahren Berichtigungswut besessen zu sein. So macht uns Herr Josef M. i e r m a n n, Vorstandsratsmitglied o. D. der Bahnhofstelle Brancz des christlichen Gewerbevereins, auf Grund des Preßgesetzes die „weltpreßende“ M. teilung, dass er noch Mitglied des Katholischen Knappvereins ist und nicht hinausgewählt wurde. Mermann hält dennoch seine von uns in Nr. 45 wiedergegebene Behauptung, dass auf Kosten der christlichen Gewerbevereinsclasse ein Saufgelage veranstaltet wurde, an dem auch er teilgenommen hat, aufrecht, wenigstens sagt seine Art zu berichtigigen nicht schnell wird?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Geheimbund der Terroristen im rheinischen Braunkohlenrevier.

Wie Arbeiter auf die Schwarzen Listen geraten, zeigt uns folgender interessanter Fall: Bei den zwei Versammlungen, welche unser Kamerad von Grube Schallmauer die Handzettel verteilt, auf Grund des Preßgesetzes die „weltpreßende“ M. teilung, dass er noch Mitglied des Katholischen Knappvereins ist und nicht hinausgewählt wurde. Mermann hält dennoch seine von uns in Nr. 45 wiedergegebene Behauptung, dass auf Kosten der christlichen Gewerbevereinsclasse ein Saufgelage veranstaltet wurde, an dem auch er teilgenommen hat, aufrecht, wenigstens sagt seine Art zu berichtigigen nicht schnell wird?

Alsdorf. Am 2. Juli d. J. ging der Vertrauensmann V. der hiesigen Bahnhofstelle des Bergarbeiterverbands zur Kantine des Eichweller Bergwerksvereins, um einen frischen Bierdeckel zu besuchen. Beim Eintritt wurde er vom Kantineaufseher Klein angefahren, was er in der Kantine zu machen habe. Als V. die Ursache des Beleids angab, wurde er gleich vom Aufseher angepackt und gegen die Wand gedrückt. Mit Hilfe eines zweiten Aufsehers wurde V. mit einem Gußmühlzylinder geschlagen. Der Aufseher hatte auch noch die Dreistigkeit, V. wegen Hansiedenbruchs anzusegnen. V. hat Anzeige erstattet wegen Misshandlung und Körperverletzung und hatte die beiden Zeugen angegeben. Einer der beiden Zeugen ist mit der Zeit abgereist, wohin er nicht bekannt ist. Nun blieb noch der Bergmann L., der den Vorgang beobachtet hatte. L. war auch in der Sache verwickelt worden. Es ist schon auffallend, dass über die Strafanzeige, die am 2. Juli stattgefunden, bis zur Zeit noch keine Verhandlung stattfand. Der Bergmann L. erhielt nun plötzlich am 28. Oct. über vom Bürgermeisteramt in Alsdorf ein Schreiben, nach welchem er als Ausländer innerhalb acht Tagen das preußische Staatsgebiet zu verlassen habe. Eigentümlich ist die Ausweisung, welche lautet:

„Alsdorf, den 24. Oktober 1908.

Sie werden hiermit, weil Sie sich als Agitator der sozialdemokratischen Partei

einem der Boten meinte der Herr, er könne jetzt nicht noch einmal von Clausthal nach Bellerfeld laufen, ob es nicht Zeit bis morgen hätte, er wolle ihm vorläufig etwas zum Einreichen verordnen. Für Bergarbeiter wird im Clausthaler Knapschaftsverein mehr ausgegeben, als in jedem anderen Verein. Der Arbeiter aber hat zu zahlen und im übrigen das Maul zu halten.

Königreich Sachsen.

Borna. Die Krise wird für unsern Bergarbeiter jetzt recht fühlbar. Vor einigen Schächten kamen Arbeiterschlüsse vor, auch wirkt die Krise vor allem auf die Löhne ein. Im Oktober legten die Glückaufschächte zwei Feierschichten ein. Jede Woche wurde Sonnabends eine Feierliche eingehalten. Die Behandlung der Grubenarbeiter seitens der Werkbeamten ist eine viel rücksichtsvollere geworden. "Wenn's nicht passt, kann gehen" sind jetzt die Gräbe anstatt des sonst üblichen Glückauf. Die Herren fühlen sich als die Stärkeren. Den Arbeitern, welche in den Werkwohnungen wohnen, geht es augenscheinlich nicht vom besten. Die Herren fühlen sich über den Gesetzten. Man hält sich hier nicht an den abgeschlossenen Metzvertrag, braucht es ja auch nicht, denn diese Verträge lassen alle einen Ausweg für die Unternehmer offen.

Um Glückaufschacht-Bewaltung kündigte einem Arbeiter am 21. Juli die Wohnung. Nach dem Vertrag allerdings musste die Kündigung spätestens am dritten Werktag im Quartal ausgeprochen werden. Der Arbeiter sollte keine Wohnung finden (her herzlich allgemeine Wohnungsnot) und darum wollte er wohl über Weil noch länger wohnen bleiben. Doch die Grubenverwaltung dachte anders. Man unterhandelte mit dem Arbeiter, dieser berief sich auf die nach dem Vertrag zur unrichtigen Zeit ausgesprochene Kündigung. Jetzt berief man sich auf die im Vertrag steckende Bestimmung, wonach mit Ablösung des Dienst- und Arbeitsverhältnisses das Mietverhältnis ohne besondere Kündigung endet. Es erfolgte daher die Kündigung des Arbeiters, welche am 17. Oktober abgelaufen war. Schon am 10. Oktober wurde ihm die Räumungslage angezeigt. Entgegen den Bestimmungen der Bürgschaftsordnung wurde die Entlassungsklausur auf Antrag des Grubenvertreters auf 24 Stunden abgekürzt. Auch war gleichzeitig die Eigentumsstrukturklage erhoben. Mit knapper Not konnte eine Stunde vor dem Termin, welcher am 21. Oktober stattfand, dem Gericht eine Klagebeantwortung zugestellt werden. Nach Auftritt versuchte der Richter unsern Bergleiter Wolf als Vertreter des Arbeiters zurückzuweisen, mit der alten Begründung: der Berufsunfähigkeit. Schließlich wurde er doch zugelassen und wurde von diesem darauf hingewiesen, daß ein derartiges Vorgehen nun gerade nicht geeignet sei, den Arbeitern die Werkhäuser als Wohnfahrtsinrichtungen erscheinen zu lassen. Wolf beantragte Abweisung der Klage, sollte jedoch Verurteilung erfolgen, so beantragte er eine angemessene Räumungsfrist, bis zum Schluß des Quartals. Der Gegner verlangte, daß das Urteil sollte sofort gesprochen werden, dem gab das Gericht aber nicht nach, sondern das Urteil wurde am 24. Oktober verhängt und lautet: Die Wohnung ist bis zum 27. Oktober zu räumen. Ob die Grubenverwaltung es sofort vollstrecken ließ, entzieht sich unserer Kenntnis zur Zeit. Grube Kraft behielt klarlich einem Arbeiter, der in einem der Bechenuchtäuser wohnte, entgegen den Bestimmungen des Lohnbeschlagnahmegerichtes den Lohn ein, um sich den Meltpreis für einige Wochen, nachdem das Arbeitsverhältnis gelöst war, zu sichern. Eine von Bergleiter eingebrachte Klage hatte den Erfolg, daß die Grube den Lohn auszahlte. Der Oberlieger Lieberköt vom Leipzig-Döhlener Werk kennt die Statuten der Krankenkasse so wenig, daß er einen Arbeiter 8 Mr. für die Woche in Abzug brachte, ohne daß solche im Statut vorgesehen ist. Selbstverständlich haben wir Beschwerde beim Vorstand erhoben.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Die Polizei in Oberschlesien und das Reichsvereinsgesetz.

Für die Mitglieder der freien Gewerkschaften von Paulsdorf und Umgegend wurde ein Lokal durch die Organisationsskommission für Oberschlesien in Paulsdorf gemietet, da die Mitglieder nirgends Unterkunft finden konnten, weil die Gastwirte aus Angst vor der Polizei in Bielschowitz die Mitgliedsversammlungen in ihren Lokalitäten nicht dulden wollten. Das Lokal schenkt der Bielschowitzer Polizei über ein Dorn im Auge zu sein, denn sie versucht jede Zusammenkunft in denselben zu verhindern. Am 18. Oktober tagte in dem Lokale eine Mitgliederversammlung der P. B. S.-Partei, welche von dem Polizeierrgeant ausgelöst wurde. Die Mitglieder des Verbändes der Bergarbeiter Deutschlands haben beschlossen, jeden Sonnabend in dem Lokale zu tragen, um dort ihre Wochentreibungen zu entrichten und die notwendige Information in Verbandsangelegenheiten zu erhalten. Diese Zusammenkünfte werden ebenfalls verhindert. Der Polizeiwachtmeister von Bielschowitz erschien am 24. Oktober in Begleitung eines Polizeierrgeanten und löste die Mitgliederversammlung auf, ohne die Gründe anzugeben oder sich als Beauftragter der Polizei beim Leiter der Versammlung bekannt zu geben. Das zeigt wieder deutlich, wie wenig die Polizeibeamten in Bielschowitz das Reichsvereinsgesetz kennen. Selbstverständlich sind Beschwerden an das Landratsamt in Zabrze und auch an das Reg. Ministerium des Innern eingereicht worden, und warten wir ab, wie bei den oberen Behörden das Reichsvereinsgesetz ausgelegt wird. Das Vorgehen der Polizei schadet unserer Sache übrigens nichts. Nur weiter so, Herr Polizeiwachtmeister, dann brauchen wir nicht mehr zu agitieren.

Süddeutschland und Reichslande.

Ulm. Durch Urteil des A. Amtsgerichts Deutsch-Oth vom 21. Oktober d. J. wurde der erste Vorsitzende der Krankenkasse der Grube Ulmeh-Friede in seiner Eigenschaft als Verwalter vorgenannter Feste verurteilt, der Klägerin Witwe Josephine Scheuer zu Ulmeh das statutengemäß-Sterbegeld im Betrage von 80 Mk. nebst 4 Prz. Zinsen, seit 27. Januar d. J., auszuzahlen, sowie die Kosten des Reichsvertrags zu tragen. Der dem Urteil zugrunde liegende Sachverhalt ist folgender: Der Hauer Lorenz Scheuer verstarb am 27. Januar d. J. Bis zu seinem folgenden Tode war er Mitglied der hiesigen Betriebskrankenkasse der Grube Ulmeh-Friede. Statutengemäß hatte seine hinterbliebene Witwe Anspruch auf das Sterbegeld in Höhe von 80 Mk. In § 15 des maßgebenden Statuts heißt es: "Das Sterbegeld ist demjenigen auszuzahlen, welcher das Begräbnis 'befreigt', was für die Witwe zutrifft. Letztere erhält aber keinen Pfennig". Die Grubenverwaltung verfügte vielmehr nach Gutachten über den Vertrag des Sterbegeldes, ohne hierzu von der Witwe bevoßmächtigt zu sein, bezahlte verschiedene Rechnungen und behielt den Restbetrag ein, angeblich wegen noch verbliebener Schulden des Verstorbenen, trotzdem die Ehefrau in Gütertrennung lebte und die Schulden ihres Gatten für sie keine Verpflichtungen bedeuteten. Daß eine solche Beweisführung seitens hiesiger Grubenbeamten von den Arbeitern jahrelang geduldet wurde, wirft ein eigenständiges Schlaglicht auf hiesige Verhältnisse. Wie mag es erst zugehen bei fremden Personen, die alleinstehen und hier ihr kühles Grab finden? Wir sind gewiß,

wollte jemand sich ein Begräbnis leisten (wie solches nach römischen Mitspielen möglich wäre) von 200 Mk., die Grubenverwaltung würde dann schwerlich die ganzen Rechnungen aus eigener Initiative begleichen, sondern nur die vorgeschriebenen 80 Mk. anhändigen. Warum tut man dies nicht in allen Fällen, damit die Gerichte nicht erst als Vermittlerinnen angerufen werden müssen? Im benachbarten Grubenbetriebe Deutschland zahlt man aufständisch das volle Sterbegeld aus, trotzdem bleibt noch keine Witwe auf der Straße liegen. Wozu also diese ewige Verwendung am Grabe? Nun? Wer interessiert uns die Ausgaben der Grubenbeamten? Mit offiziell verlaste die Witwe als verantwortlich für das eingeführte System den ersten Vorstehenden, obgleich er persönlich auch für den angezeigten Schaden haften und nicht die Arbeiterkrankenkasse. Zu willens wäre es ebenfalls, daß die hiesigen Bergleute endlich etwas mehr an ihre eigenen Interessen denken möchten und nicht nur stets den willigen Sklaven herauslehren zum eigenen Schaden ihrer Familie und eventuell Hinterbliebenen. Noch dieser Tage kam weinend eine Bergmannsfrau zu mir, der man für ihre sieben Kinder zusammen eine ganze Menge monatlicher Knapschaftsrente gibt. Solche Workommisse sprechen doch deutlicher als alle Worte.

"Die sozialdemokratische Meier Arbeiterzeitung", ein Phantassegilde der "Christlichen". Wer kennt in Lothringen die "sozialdemokratische Meier Arbeiterzeitung"? Niemand, außer dem "christlichen" Gewerksverein. Ob er sie eigentlich für seine Mitglieder herausgibt? Schreibt doch der phantastische "Bergknappe" in seiner Nr. 45 unter Lothringen, daß die "sozialdemokratische Meier Arbeiterzeitung" die "christlichen" Mitglieder beleidigt habe und deshalb der "christliche" Ortsvorstand der Zahlstelle Groß-Moschau Stellung zu der unnahmen Berichterstattung der Genossen genommen habe. Es sei deshalb nur festgestellt, daß es keine "sozialdemokratische Meier Arbeiterzeitung" gibt, daß es auch am 18. Oktober keine "Volkswacht" mehr gab und daß die modernen Dom Quigotes, wegen Lebsterben an Zeit, gegen Windmühlensturm eltern. So wie mit der sozialdemokratischen "Meier Arbeiterzeitung" verhält es sich auch mit den Genossen in Deutsch-Sieg! Hat Recht, die Herren "Christen" liegen wie die Teufel und schwundeln aus Prinzip.

Zu einer gewaltigen Trauer- und Protestkundgebung

gestaltete sich die Beerdigung der 20 toten Kameraden von Grube Mabbod, welche man bisher nur aus der Grube herauschaffen konnte, während über 300 noch nicht geborgen werden konnten, am 18. d. J. Die Zahl der Teilnehmer am Trauzeugen betrug mindestens 25-30 000, während fast ebensoviel Später bildeten. Die Polizei, die, wie immer bei solchen Gelegenheiten, vertreten war - warum, ist nicht recht ersichtlich - verhielt sich sehr reserviert. Die 20 toten Kameraden wurden gemeinsam in ein Massengrab auf dem Friedhofe in Hövel gebettet. Am Grabe sprachen Geistliche beider Konfessionen, auch wurden den Vertretern des Bergarbeiterverbands entgegen der bisherigen Praxis, kurze Widmungsworte bei den Kranzniederlegungen gestattet. Zahlreiche Wahlstellen des Bergarbeiterverbands, aus nah und fern waren vertreten und legten am Grabe ihrer dahingerafften Brüder Kränze nieder. Für den Vorstand unseres Verbands legte unser Kamerad Sachse einen Kranz nieder und widmete den toten Kameraden einen kurzen Nachruf, worin er u. a. auf die gewaltige Trauer und das Entsezen hinwies, welches alle Kreise der Bewohner über diese furchtbare Massenkatastrophe erfaßt habe. Unvermeidlich sei der Jammer der armen Witwen und Waisen, welche durch die furchtbare Katastrophe ihres Erbherrn und Besitzers veranlaßt worden seien, und mit den Tränen, mit der Verzweiflung der armen Hinterbliebenen, der Opfer mischten sich die Trauer der gefallenen Bergarbeiter und ihre Empörung über die bestehenden unhaltbaren Verhältnisse, welche zu solchen entsetzlichen Katastrophen führten. Zahlreiche Briefe und Telegramme von Kameraden und Organisationen aus dem In- und Auslande seien beim Vorstand des Bergarbeiterverbands eingetroffen, worin den Opfern und deren Hinterbliebenen das tiefste Beileid ausgesprochen wurde. Auch der deutsche Reichstag sei diesem Beileid gefolgt und habe der Opfer und ihren Hinterbliebenen mit tiefer Trauer gedacht. Möge dieses neue furchtbare Massengrab, so schloß unser Kamerad Sachse, ein Menetekel sein für diejenigen Kreise, welche sich bisher den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter, nach besserem Bergarbeiterleben, widerstellt haben. Möge man es nicht nur bei Worten der Trauer belassen, sondern die Bergarbeiterforderungen erfüllen, damit solche entsetzlichen Massengräber in Zukunft vermieden werden können. Die gewaltige Beteiligung an der Beerdigung zeigt die ungeheure Empörung der Bergarbeiter über die bestehenden unhaltbaren Zustände. Möge diese Empörung den maßgebenden Faktoren der Gesetzgebung das Gewissen schärfen, bevor es zu spät ist.

Verbandsnachrichten.

Rechtschutz.

Achtung! Oberkirchen und Umgegend.

Der nächste Rechtschutztag findet am 27. November, von 9 bis 2 Uhr nachmittags, beim Gastwirt Klöppel in Oberkirchen, statt.

Max Gartner.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Wittenberghausen I. Vom 10. bis 25. November.

Thieden. Im Monat November.

Nieder-Borsdorf. Im Monat November.

Beesen. Im Monat November.

Gommern a. d. Lippe. Nach dem 15. November.

Görlitz. Vom 12. bis 30. November.

Überwürschnitz. Vom 15. November bis 1. Dezember.

Modlitz. Vom 15. November bis 1. Dezember.

Becklinghausen-Süd. Nach dem 15. November.

Schönhausen. In der zweiten Hälfte des Monats November.

Mülheim II. Im Monat November.

Datteln. Vom 26. bis 28. November.

Brambauer. Vom 16. bis 30. November.

Kloster Wennigsen. Vom 1. bis 15. November.

Die nächsten Nachrichten folgen in den nächsten Ausgaben.

</

